

Bezugspreis:
Vierteljahr 3.00 — 3. Monate 1.00 —
frei ins Haus, vorausschickbar. Post-
bezug: Monatlich 1.00 — 3. einjährig 10.00 —
Postgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Preußen, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Rumänien 2.00 — 3. für
das übrige Ausland 2.50 — 3. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erdung und Kleingarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 28. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Konzeptschrift
kostet 1.50 M. „kleine Anzeigen“
das fertige Wort 1.50 M. (an-
lässig zwei fertige Wörter), jedes
weitere Wort 1. — M. Einleitungs-
und Schlusszeilen umfassen das erste
Wort 1. — M., jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Wörter. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 50 Hg. — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zerlegungsgeld.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Vorausgeschickt, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Demission Giolittis.

Rom, 27. Juni. (WZB.) Infolge des Ergebnisses der gestrigen Kammerabstimmung hat das Ministerium beschlossen, zurückzutreten. Der Rücktritt wird heute noch der Kammer und dem Senat befähigt gegeben werden.

Nach dem „Giornale d'Italia“ soll Giolitti den Auftrag zur Bildung des neuen Ministeriums abgelehnt und dem König als geeignete Persönlichkeit den jetzigen Schatzminister Bonomi genannt haben.

Man muß Giolitti das Zeugnis ausstellen, daß er an seinem Amt nicht klebt; seine Mehrheit war zwar klein, aber es war doch noch eine Mehrheit. Ob nicht auch die italienische Außenpolitik den Entschluß Giolittis zum Rücktritt gestärkt hat, ist von hier aus nicht zu entscheiden. Denkbar wäre es, daß der alte Gegner das Eintreten Italiens in den Weltkrieg an der Seite der Westmächte, die Folgen ihres Sieges für die Politik des von ihnen abhängigen Italiens als zu drückend empfindet.

Bonomi ist Reformsozialist; vielleicht erwartet Giolitti von ihm, daß er die Sozialisten zu einer der Regierung freundlicheren Haltung bewegt. Voraussetzung dafür dürfte allerdings die Entfaltung größerer Energie gegen die Gewalttaten der Faschisten sein, und ob die Zivilgewalt dazu imstande ist, wenn sie sich nicht in einem für die Bürgerlichen kaum erträglichen Maß auf die Arbeiter stützen will, darf bezweifelt werden.

Nach einer „Europa-Fresh“-Nachricht, die der Nachricht von der Demission vorausging, haben die römischen Blätter am Morgen nach der Abstimmung übereinstimmend die parlamentarische Lage für die Regierung als recht unsicher bezeichnet. In verschiedenen Kammerkommissionen zeigten sich stark: Oppositionsströmungen. Die Kommunisten, Sozialisten, Republikaner, Faschisten, Deutsche und Slowenen stellten eine unüberwindliche Opposition in Aussicht. Das katholische Zentrum suchte seine entscheidende Rolle möglichst auszunutzen, um sich von der Regierung Vorteile zur Verwirklichung seines Programms zu sichern.

So kann die Krise sich fortziehen und schließlich der Ausweg durch Neuwahlen gesucht werden.

Die Sforza-Krise.

Rom, 27. Juni. (WZB.) Der gestrige Sturm in der Kammer richtete sich außerordentlich gegen die Außenpolitik der Regierung. Es wäre sofort zur Krise gekommen, wenn nicht die starke Gruppe der Sozialdemokraten im letzten Augenblick erklärt hätte, sie stimme für die Regierung, nur um eine Krise zu vermeiden, obwohl sie die Außenpolitik mißbillige. — In seiner Kammerrede ersuchte

Giolitti den Faschistenführer Mussolini, nicht vom Irredentismus in der Schweiz zu sprechen, da die politische Mission des Schweizerischen Bundesrates hauptsächlich der Erhaltung des europäischen Friedens diene. Ohne die Neutralität der Schweiz wäre der letzte Krieg noch schrecklicher verlaufen. Dieses Wort sollte an seiner Einheit fest, obwohl es sich aus drei Stämmen zusammensetzt, die verschiedene Sprachen sprechen. Italien könne diesem starken und gebildeten Volke nur Glück wünschen und hoffen, daß es seine ruhmreiche Geschichte fortsetze. Diese Äußerungen Giolittis wurden von der Mehrheit der Kammer mit lebhaftem Beifall und Zustimmung aufgenommen, deren sich nur die Faschisten und Rationalisten enthielten. Auf innerpolitischem Gebiet hat Giolitti die Opposition noch einmal besiegt, dagegen fand die Kammer

für den Grafen Sforza kein gutes Wort.

Zuletzt wurde Graf Sforza von Salandra angegriffen, der die Abtretung des Hafens von Baros scharf tadelte; Graf Sforza ließe die Kammer überhaupt in der Frage der Außenpolitik im Dunkeln, seine Politik sei als schädlich zu verurteilen. Als sich Graf Sforza gegen die Einwendungen Sandras verteidigen wollte, nahmen die Faschisten eine drohende Haltung gegen ihn ein und wollten sich unter fortwährenden Rufen: „Demission! Es lebe D'Annunzio!“ auf ihn stürzen. Einige Regierungsmitglieder hielten sie jedoch zurück. — Infolge des ungünstigen Vertrauensvotums über die auswärtige Politik hatte Graf Sforza am Montag morgen seine Demission dem Ministerrat eingereicht. Giolitti schlug jedoch die Gesamtdemission vor, der der Ministerrat einstimmig zustimmte.

Rom, 27. Juni. (WZB.) In der heutigen Kammer Sitzung leitete Giolitti mit ironischem Lächeln unter lebhafter Spannung mit, das Ministerium habe mit dem Vertrauensvotum eine zu geringe Mehrheit erlangt, deren Wert außerdem noch durch die im Laufe der Diskussion gemachten Vorbehalte verringert sei. Die Regierung glaube daher, nicht mehr die nötige Macht zu besitzen, um die schwebenden ernststen Fragen zu lösen. Aus diesem Grunde habe sie die Demission eingereicht.

Rom, 27. Juni. (WZB.) Die offiziöse „Tribune“ und „Giornale d'Italia“ bezeichnen den Kammerpräsidenten de Nicola als künftigen Ministerpräsidenten. — Der „Corriere d'Italia“ schlägt ein neues Ministerium Giolitti als löbliche Lösung der Krise vor, da der Ministerpräsident selbst von der Krise hinsichtlich der Außenpolitik nicht betroffen worden sei.

In Fiume.

Näfond, 27. Juni. (WZB.) Nach der Auflösung der Legionär-Miliz in Fiume haben am Sonntag eine Anzahl Arditti-Faschisten und bisherige Legionäre den Hafen und das Delta von Baros und seinen Zugang besetzt. Auf dem Leuchtturm weht die italienische Flagge. Das Kommando der Befehlstruppen übernahm auf einem kleinen Dampfer der frühere Bürgermeister Gigante. Italienische Polizeitruppen haben den Hafen gesperret.

regieren. Man müsse die auswärtige Politik demokratisieren. Es herrsche in ihr noch zu sehr der Geist und die Methoden, die vor dem Kriege herrschend gewesen seien.

Sagt Masaryk, der Menschenfreund, Gelehrte und Pazifist.

Gibt Frankreich nach?

Basel, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die „Baseler Nachrichten“ wollen aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß Frankreich seinen Standpunkt in der oberschlesischen Frage endgültig geändert habe. England bestche darauf, nur Pflanz und Ackerbau an Polen fallen, das ganze übrige Industriegebiet aber Deutschland zu lassen, Frankreich habe nachgegeben und Sforzas Vorschläge seien damit erledigt.

Französisch-polnisches Scharmützel.

Meiswich, 27. Juni. (WZB.) Bei Hausdurchsuchungen, die von französischen Soldaten im Borocic Petersdorf vorgenommen wurden, fand man im Hause eines polnischen Schusters 14 Gewehre, einen Karabiner und eine größere Menge Munition. Es kam zu einer Schießerei zwischen Franzosen und Insurgenten, bei der ein Franzose und ein Landjäger leichtere Verletzungen davontrugen.

Geriichtsherr Korfanty.

Katowitz, 27. Juni. (WZB.) Vor etwa drei Wochen wurde nachts auf der Klephasgrube eine deutsche Fahne ausgezogen. Die Insurgenten ermittelten als Täter einen 17jährigen Arbeiter, der nunmehr vom „Feldgericht“ zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt worden ist.

Katowitz, 26. Juni. (WZB.) Am 23. Juni ist das Finanzamt in Laurahütte von den Aufständischen besetzt worden und die Beamten sind gezwungen worden, weiter im Interesse der Insurgenten Dienst zu tun. Die Steuerrollen werden benutzt, die fälligen Steuern für die Aufstandsbehörden einzuziehen.

Beuthen, 26. Juni. (WZB.) Heute vormittag gegen 11 Uhr passierte eine Gruppe bewaffneter Insurgenten auf zwei Kraftwagen und einem Panzer-Kraftwagen die Hauptstraßen der Stadt. Der Panzer-Kraftwagen, der aufgemalte Totenköpfe zeigte, war mit einem Maschinengewehr bewaffnet. Die französischen Befehlstruppen ließen die Kraftwagen ungehindert die Stadt passieren.

Tschechoslowakei und Polen.

Der neue polnische Außenminister Skiremunt, der früher Polen beim Grafen Sforza vertrat, hat einen großen Erfolg zu verzeichnen. Es ist so gut wie amtlich in Prag bekanntgegeben, daß Außenminister Benesch in Paris und London die polnischen Ansprüche auf Oberschlesien unterstützt hat. Das mag erstaunlich sein, da wegen der Zuteilung Tschechens an die Tschechoslowakei ein geradezu feindliches Verhältnis mit Polen bestand, das sich u. a. in langwährender Sperrung des galizischen Erdöls für die Tschechoslowakei äußert hat. Jetzt aber soll Polen durch den Verzicht auf (das ihm rechtskräftig abgesprochene) Tschechen die tschechische diplomatische Unterstützung erlangt haben. Unwahrscheinlich ist das keineswegs, denn der gesicherte Besitz Tschechens ist nicht nur materiell wertvoll, sondern kann auch eine Verringerung der Heeresrüstungen ermöglichen, der auch die von Benesch eben in der Marienbader Konferenz angebahnte Verständigung mit Horthy-Ungarn dient. Die Entscheidung des Herrn Bilsch, der seine Unterstaatssekretärstelle wegen heftiger Angriffe auf die Italiener verlor, als polnischer Gesandter nach Prag scheint die Einigung zu besiegeln.

Wir haben nicht zu untersuchen, welches Verhältnis zwischen dieser Politik und dem oft betonten demokratischen Grundcharakter des Tschechenstaates besteht. Wohl aber geht es uns etwas mehr an (wenn auch natürlich, wie immer, nur im passiven Sinne), daß bei einer für Polen ausreichend günstigen Lösung der oberschlesischen Frage — ein großer Teil des Kreises Beobachtungschaftsweg an die Tschechoslowakei fällt, also das Los Hultschins teilt.

Masaryk über Europa.

Paris, 27. Juni. (WZB.) Präsident Masaryk äußerte zu einem Mitarbeiter des „Antragsagent“, daß die tschechoslowakische Republik durchaus friedliche Ziele verfolge. Deutschland sei ein Faktor, mit dem man in der Zukunft rechnen muß. Da Rußland nicht in Betracht komme, sei Deutschland durch seine Bevölkerung in Europa das mächtigste Land. In Europa gebe es gegenwärtig zwei große Völker, Franzosen und Deutsche; denn England komme nicht in Betracht, da es von dem Kontinent durch den Kanal getrennt ist. Keines dieser beiden Völker könne Europa allein

Flaggenstreit im Reichstag.

Knapper Sieg in Schwarz-rot-gold.

Der Reichstag hat gestern nach bewegter Debatte in namentlicher Abstimmung mit 121 gegen 120 bei 5 Enthaltungen einen Antrag abgelehnt, der die Einführung der verfassungsmäßigen Handelsflagge für unbestimmte Zeit aussetzen wollte. Der Mißerfolg der Antragsteller ist um so größer, als sie auch die Annahme ihres Antrags mit geringer Mehrheit nicht zu ihrem Ziel geführt hätte. Denn trotz ihres lebhaften Bestreitens handelte es sich um einen verfassungsändernden Antrag, der nur bei Anwesenheit von zwei Dritteln der Abgeordneten mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden kann. Die Antragsteller aber haben es nicht einmal zur einfachen Mehrheit gebracht, sie sind mit einer Stimme geschlagen worden.

Der Fall gewinnt durch zwei Umstände besondere politische Bedeutung. Einmal handelte es sich um den symbolischen Kampf zwischen Schwarzweißrot und Schwarzrotgold. Schon die Bestimmung der Weimarer Verfassung über die Handelsflagge der deutschen Seeschifffahrt stellt ein Kompromiß dar, denn während die Reichsflaggen zu Land Schwarzrotgold sind, ist die Handelsflagge schwarzweißrot geblieben mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke. Den Schwarzweißrot war aber auch dieses Schwarzrotgoldene Eck, die sogenannte „Gösch“, noch zuviel, und darum liefen sie gegen eine Verordnung Sturm, die vom 1. Januar nächsten Jahres an (man versteht nicht recht, warum erit so spät!) die neue Flagge für die Seeschifffahrt einführt. Sie hatten im Reichsrat die Annahme eines Antrags durchgesetzt, der die Regierung ersucht, das Inkrafttreten ihrer Verordnung noch ein halbes Jahr weiter hinauszuschieben. Dadurch ermutigt, versuchten sie im Reichstag die Einführung der neuen Flagge bis zum St. Rimmerleinsfest zu vertagen. Dieser Versuch ist mißglückt.

Zum zweiten wurde die Sache dadurch politisch interessant, daß der schwarzweißrote Antrag als Antrag aller bürgerlichen Parteien auftrat. Diese bürgerliche Einheitsfront wurde aber durch zahlreiche Enthaltungen geschwächt und durch die entgegengesetzte Abstimmung einiger Zentrumsabgeordneter — etwa 8 oder 10 — völlig zerfallen. Und am interessantesten wird die Geschichte dadurch, daß zu den Zentrumsabgeordneten, die mit der sozialistischen Linken stimmten, der Reichskanzler Dr. Birtsch, die Minister Dr. Brauns und Giesberts, der frühere Reichskanzler Fehrenbach und der alte Führer Dr. Peter Spahn gehören. Sie haben den schwarzweißroten Antrag zu Fall gebracht.

Eigentlich hatten die genannten Zentrumsmitglieder nur die Absicht, sich der Abstimmung, die als gewöhnliche erfolgen sollte, zu enthalten. Als aber die Rechte merkte, daß sich der Reichskanzler Dr. Birtsch mit einem Häuflein Betreuer anschickte, den Saal zu verlassen, beantragten sie schleunigst namentliche Abstimmung. Sie zwangen dadurch die Zentrumsminister Farbe zu bekennen und schufen damit einen neuen Unterhaltungsstoff für die Reichskonferenz des Zentrums, die morgen in Berlin stattfinden soll. Auf diese Reichskonferenz setzt nämlich die Rechte ihre allergrößten Hoffnungen, sie hat im stillen alles getan, was sie dazu tun konnte, eine Spaltung des Zentrums herbeizuführen, den rechten Flügel zu sich herüberzuziehen und die Reaktionsmitglieder der Partei in die Minderheit zu bringen. Nun sahen sie in der namentlichen Abstimmung ein willkommenes Mittel, den Keil in die Zentrumsparthei noch tiefer hineinzutreiben.

Noch weniger glänzend als das Verhalten des Zentrums, das in überwiegender Mehrheit gegen Schwarzrotgold stimmte, war das der anderen bürgerlichen Koalitionspartei, der Demokraten. Der Entschluß der Demokraten, sich in diesem Fall mit der Rechten zu verbinden, war weiter nichts als ein Anaktprodukt. Das ging mit erschütternder Klarheit aus der Rede ihres Sprechers, des Abg. Heile, hervor, der ein begeistertes und persönlich vollkommen ehrliches Bekenntnis zu Schwarzrotgold ablegte, aber als „Demokrat“ — nämlich weil die andern anders wollten — sich zum Verzicht auf das letzte schwarzrotgoldene Eckchen in der Reichsflagge bereit erklärte. Solche Verlegenheitsprünge sind eben aus nichts anderem als aus der blassen Angst zu erklären. Sie sind ein Zurückweichen vor dem Gian der reaktionären Agitation, und so war das Verhalten der Demokraten — nur Schüchling verließ schamvoll den Saal — das aller schlimmste Zeugnis, das eine Partei sich selber ausstellen kann, das Zeugnis des Nichtmehrweiterkönnens.

Wir nehmen an, daß mit der gestrigen Abstimmung der überflüssige und zeitraubende Streit erledigt ist. Die deutschen Handelschiffe werden vom 1. Januar des nächsten Jahres an die verfassungsmäßige Flagge führen, ohne die sie dann nicht mehr das Recht haben, als Schiffe einer seefahrenden Nation anerkannt zu werden. Die Auslandsdeutschen aber, mit deren Jörn uns die Herren Oberfahren von den Deutschnationalen, Bildemeister und Dauch von der Deutschen

Volkspartei gedroht haben, werden ihr Volk nicht verraten, weil manchen von ihnen ein paar kleine Streifen in der deutschen Flagge nicht gefallen. So borniert und erbärmlich, wie sie von den Rehmern der Rechten geschildert wurden, werden nur die wenigsten von ihnen sein.

Die Exaltados der Rechten wollen sich freilich mit ihrer Abfuhr von gestern nicht zufrieden geben und reden von einer Volksabstimmung, die sie veranstalten wollen. Sie wollen angeblich versuchen, durch Volksentscheid die Wiedereinführung der schwarzweißen Farben zu Lande und zur See durchzusetzen. Das wäre aber nur dann möglich, wenn sich die Mehrheit aller stimmberechtigten Volksgenossen für den Farbenwechsel erklärte. Es ist nicht anzunehmen, daß sich die Rechte in ein derartiges Unternehmen stützen wird, dessen Mißerfolg klar vorauszusehen ist.

Hat die Rechte auch gestern ihr Ziel nicht erreicht, so kann sie doch manches vom Ergebnis des gestrigen Tages schmerzhaft auf der Gemütsseite buchen. Wieder hat eine Abstimmung des Hauses die Regierungskoalition durcheinander- und auseinandergebracht. Bürgerliche stimmten gegen Sozialdemokraten, Zentrumsabgeordnete gegen Zentrumsmänner, die Demokraten enthielten abermals ihre bedauerliche Schwäche und mißten sich auf böse Auseinandersetzungen daheim gefaßt machen. Der Opportunismus, der sich an die Reichshöhe der Deutschen Volkspartei klammert, gewinnt immer mehr die Oberhand, und die letzten Aufrechten verlieren den Mut.

Die Rechte verfährt nach dem altbewährten Grundsatz, zu teilen, um zu herrschen. Gelingt es ihr, Zwietracht zwischen den Koalitionsparteien zu säen, die das Kabinett Wirth stützen, dann weißt ihre Ernte. Wir wollen uns keineswegs verhehlen, daß jede neue Abstimmung, die die Parteien der Regierungskoalition in getrennte Lager führt, eine neue Erschütterung der Grundlagen bedeutet, auf die sich die gegenwärtige Politik des Reiches gründet. Wie können wir immer wieder die Frage wiederholen: Wenn diese Regierungskoalition auseinanderbricht — was dann?

Es ist wahrlich nicht die Sorge um unsere Partei, die uns zu dieser Frage veranlaßt. Denn wenn es ein sicheres Mittel gibt, unserer Partei zu neuer, erhöhter Macht zu verhelfen, dann ist es die Bildung eines Bürgerblocks unter Führung der Rechten. Dann würde in kürzester Zeit nach außen wie nach innen alles so koputtregiert sein, daß unsere Partei schleunigst wieder herbeigeholt werden müßte, um wenigstens die Reste zu retten. Wie oft soll dieses Experiment noch wiederholt werden, wie oft kann das Deutsche Reich und Volk seine Wiederholung überhaupt noch ertragen?

Wägen das Zentrum und die Demokraten doch einsehen: Entweder man treibt Koalitionspolitik oder man treibt sie nicht. Will man sie fortführen, so darf man nicht so handeln, wie sie es gestern getan haben. Will man sie aber nicht fortführen, dann muß man auch den Mut haben, die Verantwortung für einen Rechtskurs und seine Folgen auf sich zu nehmen.

Für die sozialdemokratische Linke war der gestrige Tag der Tag eines großen moralischen Erfolgs. David und Breitscheid hielten zwei ausgezeichnete Reden, wobei das Bekenntnis des unabhängigen Sprechers zur Staatsform der demokratischen Republik doppelt und dreifach zu unterstreichen ist. Wieder stellte sich heraus, daß als einzige Erben der bürgerlichen Revolutionen von 1848 die sozialdemokratischen Arbeiter geblieben sind. Sie, die Roten, haben sich schützend vor die schwarzrotgoldene Reichsfahne gestellt, die die apdern wieder herunterholen wollten. Je mehr von den Bürgerlichen die eine diese Fahne hatten, je weniger die andern den Mut haben, sich zu ihr zu bekennen, desto fester werden die Sozialdemokraten zu ihr stehen.

Das sind die Farben des deutschen Kampfes für Freiheit und Einheit, das sind die Farben des 18. März 1848. Es lebe die Republik!

Patriotischer Kitsch.

Unsere Reichshauptstadt starrt von den Denkmälern des wilhelminischen Ungeschmacks. Das alte Regiment hat uns damit eine Erbschaft hinterlassen, die sich leider nicht ausschweifen läßt. Dagegen läßt sich kein Kattengipf die Siegesallee, das Bismarckdenkmal, die Charlottenburger Brücke stehen da als ein entsetzliches Reue Teufel. Schreit uns das nicht entgegen, paßt es uns nicht die Ohren voll: Niemals wieder?

Wahrhaftig, der monumentalen Zeugnisse für die Schande des deutschen Volkes, das sich immer so gern offiziell als „Kulturvolk“ bezeichnete, sind mehr als genug. Aber der von allen Rufen gemiedene Hurra-Kitsch arbeitet in der Stille immer weiter. Nicht aus künstlerischen Beweggründen, nicht um seiner selbst willen, sondern als Propagandamittel für das deutschnationale Hinterwäldlertum, für die Unersiehlichen, die das Hofenkreuz vorantreiben: „In diesem Zeichen wirst du siegen!“ Die den „jüdischen Kapitalismus“ vernichten wollen und zu dem Zweck eine christlich-kapitalistische, deutsch-völkische Bank unterhalten, wo auf germanisch geboddert wird.

Das abgestandene Pathos dieser Herrschaften, die „Zwo“ statt „Zwei“ sagen, treibt ergötliche Blüten. Herr Gustav Eberlein, weiland Marmorzuckerbäcker S. M., dessen Liebeswerben um die proletarische Kunst nach der Revolution so gar nicht hatte verlangen wollen, ist reumütig in den Schoß der Gutgesinnten zurückgekehrt und stellt eine Statue aus mit dem Titel „Von der Welt verlassen“. Wilhelm, dem die Kaiserkrone heruntergefallen ist, in schüchternem Zivilanzug, wickelt sich in einen Mantel, wie der von ihm so sehr vorbeigeküßte Heinrich Heine, und macht in Weichschmerz. Der Extronprinz ist aber nach viel proletarischer geworden als Gustav Eberlein, der Marx- und Lassallebüsten fabrizieren wollte, „der Rot gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“, und läßt sich in verschiedenen Stellungen als „Schmied von Wieringen“ aufnehmen mit hochgetrempelten Hemdärmeln. Alles für dich, du undankbares deutsches Volk! Lerne dich verinnerlichen wie er, der ehemals Tennis spielte und Manschettenknöpfe erfand, heute aber den Amboss bearbeitet und Hufeisen für Bauernpferde schmiedet!

Auch die alten Hofmaler sterben nicht aus. Weder Arius Fischer unter den Linden, noch Felix Ehrlich, Portraitmaler Hoher und Höchster Herrschaften“, im bayerischen Viertel. Beide necken sie bequem und unentwegt nach Photographien, manchmal sogar Delgemälde ohne photographischen Untergrund direkt auf Leinwand gemalt — man bedenke! Bei Fischer im Baden findet Wilhelm der Ehemalige an einem Soldatengrab, Unterschrift: „Ich habe es nicht gewollt.“ (Das wäre auch noch schöner!)

Der Herr Kollege in Berlin WB. hat den alten Friseur gemalt, wie er aus seiner Gruft in Potsdam hervorsteigt, die Standarte des Gardes-du-Corps in der Faust, die, wie ein sehr schlechtes Gedicht des

Scheinberichte oder Fälschungen.

Eine Mittagszeitung meldete, Agence Havas erkläre den vom „Lokal-Anzeiger“ veröffentlichten „Geheimbefehl“ Le Ronds, den auch wir unter Vorbehalt wiedergaben, für in allen Teilen erfunden. Auch von anderer Seite wird uns versichert, daß Le Rond mit dem Dokument nichts zu tun habe. Der „Lokal-Anzeiger“ verjucht das Dementi mit dem Hinweis abzutun, daß es von einem „Geheimbefehl“, nicht aber von einem „Geheimbericht“ spreche und den klaren Sachverhalt damit zu umgehen versuche; im übrigen begnüge er sich im Augenblick damit, auf seine Erklärung hinzuweisen, daß die Echtheit des Berichts feststeht. Diese Entgegnung kann natürlich in keiner Weise befriedigen und ist eher dazu angetan, das Mißtrauen an den Enthüllungen des „Lokal-Anzeigers“ zu verschärfen.

Auch wir sind mit Le Rond nicht zufrieden, auch wir würden es im Interesse der ober-schlesischen Sache für besser halten, wenn an seine Stelle eine Persönlichkeit tritt, die andere Anschauungen von Neutralität und Objektivität hat. Wir sind ferner der Ansicht, daß der ober-schlesische Selbstschutz notwendig war und seine Aufgabe gut gelöst hat. Um so energischer müssen wir aber jenen Stellen auf die Finger klopfen, die die alten verstaubten Brände der deutschen Feidherrnpolitik wieder aus dem Schreibtisch framen und Politik auf eigene Faust treiben, ohne viel darüber nachzudenken, was geschieht, wenn der Porzellanladen durcheinandergeworfen ist. Die deutsche Regierung sollte sich sehr dafür interessieren, wo die „authentischen“ Quellen stecken, denen derart „kompromittierende“ (fragt sich nur wen kompromittierende) Geheimdokumente entziehen, mag man sie nun Befehle oder Berichte nennen. Eine Klarstellung der ursächlichen Zusammenhänge ist dringend geboten.

Stegerwalds Kappistenvertretung.

Zum Vertreter Preußens bei der bayerischen Regierung ist der Landrat Schellen ernannt worden. Man muß dem Ministerium Stegerwald lassen, daß es sich seine Leute zweckentsprechend auszuwählen weiß. Was war sinniger, als die Vertretung Preußens bei der Orde-Regierung Kahr einem ausgesprochenen Kappisten zu übertragen? Herr Schellen war nämlich Personalreferent im preussischen Ministerium des Innern bis zu dem Tage des Kappputsches, der seine Fäden bekanntlich auch in dieses Ministerium erstreckte. Minister Heine, der damals seinen Abschied nahm, überließ die Säuberung des Ministeriums im allgemeinen seinem Nachfolger. Nur Herrn Schellen hat Heine noch persönlich seines Amtes enthoben. Er fühlte sich dazu berechtigt, weil Schellen das persönliche Vertrauen des Ministers in der schwersten Weise getäuscht hatte.

Diesen Mann macht nun die preussische bürgerliche Regierung Stegerwald zu ihrem offiziellen Vertreter bei Herrn Kahr.

Die Folgen der Heße.

Wie die von der bekannten Frauenrechtlerin Anita Augsburg herausgegebene Zeitschrift „Die Frau im Staat“ berichtet, sind in Amerika wieder große Summen für die Speisung notleidender Studenten gesammelt worden. Die Spender haben es aber zur Bedingung gemacht, daß kein Pfennig davon an deutsche Studenten kommt. Dies geschieht nicht etwa aus Deutschensinnlichkeit, — sind doch die Geber dieselben Kreise, die auch hinter der Quäterspeisung der deutschen Schulkinder stehen, sondern die Spender hat es mit Empörung erfüllt, daß Männer wie Einstein, Nicolai, Friedrich Wilhelm Förster von der deutschen Studentenschaft in der unwürdigsten Weise angepöbelt worden sind.

Man sieht daraus, wie die Laten deutschnationaler Kabauffen auf das Ausland wirken. Leider muß man sagen, daß die große Masse der Studentenschaft, auch wenn sie an den Eggesen nicht beteiligt ist, nicht ganz zu Unrecht in Mitleidenschaft gezogen wird, da sie dieses Treiben erst durch ihre Passivität gegenüber den rabauationalistischen Elementen ermöglicht hat.

„Kladderadatsch“ darft, von den letzten Offizieren des Regiments im November 1920 dort niedergelegt worden ist. Darin kommen die Worte vor:

„Soll in der Schande der Zeiten
Als höhrender Sieger schreiten
Ein schändlicher Krämergeist?“

Dos geht auf die Demokratie und das Judengesinde. Von diesen will ein richtiger gemessener Hofmaler nichts wissen. Der wendet sich an andere Adressen: „Deutsche Männer und deutsche Frauen! Das ausgestellte sinnreiche Bild vom Älten Fritz darf in euren Heim nicht fehlen! Das Bild verfinstlicht gewissermaßen die Auferstehung des Deutschen Reiches. Der Älter Fritz steigt zum Sturm aus seiner Gruft hervor.“ Bis hierher ist es schön und begeistert. Aber nun kommt die materielle Rekrutierung der Medaille, nämlich die Preisliste für die deutschen Männer und Frauen, die den schändlichen Krämergeist bekämpfen sollen. Zu jeder weiteren Auskunft über diesen Kreuzzug gegen den schändlichen Krämergeist ist die Deutsche völkische Bank gerne bereit. Herbert.

Der Arbeitsrat für Kunst, jener vielgenannte Verein radikaler Künstler und Kunstschaffender, der in den ersten Revolutionstagen zusammentrat, hat jetzt seine Auflösung beschlossen. Sein ursprünglicher Leitfaden lautete: „Die Kunst soll nicht mehr Genuß bringen, sondern Glück und Leben der Masse sein.“ Es ist ihm indessen nicht geblieben, die Verwirklichung dieses Ideals auch nur von fern anzubahnen. Sowohl seine Publikationen („Das Stimmens des Arbeitsrates für Kunst“; das „Architekturprogramm“ von Bruno Taut u. a.), wie die beiden von ihm veranstalteten, an sich sehr interessanten Architekturausstellungen blieben Angelegenheiten kleiner Künstlerkreise und sind mit ihren Wirkungen nicht in die breite Masse gedrungen.

Trotzdem ist die Tätigkeit des A. f. K., dem Künstler wie Bötzig, Pechstein, Feininger, Cesar Klein, Rolde, Rode, Taut und als Vorsitzender Walter Gropius, der Direktor des Weimarer Bauhauses, angehört, nicht ganz erfolglos gewesen. Es ist der Öffentlichkeit kaum bekannt geworden, daß der A. f. K. die Wackel-Ausstellung veranstaltet und vorbereitet hat, die nachher im Kronprinzenpalais gezeigt wurde. Auch die Vorbereitung deutscher Kunstausstellungen in Antwerpen und Amsterdam ist sein Verdienst. Seine wichtigste und segensreichste Leistung aber war die Anregung und tatkräftige Förderung, die er den Arbeiter-Kunstausstellungen in der Petersburger Straße angedeihen ließ. Diese Ausstellungen, die der Initiative des A. f. K. ihre Entstehung verdanken, sind inzwischen zu einer ständigen Einrichtung geworden und werden es hoffentlich bleiben.

Hätten die leitenden Männer des A. f. K. von Anfang an mehr die praktische Verwirklichung dringender Forderungen des Tages in die Hand genommen, statt sich utopischen Zukunftsträumen hinzugeben, so hätte diese Vereinigung so außerordentlich tüchtiger Kräfte zweifellos Großes leisten können und es wäre ihr das Schicksal erspart geblieben, schon so bald und so langsam zu erlöschen.

Deutsche Waffenzerstörung.

Berlin, 27. Juni. (B.Z.) Stand der Entwaffnung des deutschen Heeres am 1. Mai 1921. Die Reichswehrhandlungsgesellschaft hat zu diesem Tage Gewehre und Karabiner zur Zerstörung erhalten: 4 808 300 zerstört, 4 770 800 noch auf Lager, 37 500 Maschinengewehre zur Zerstörung erhalten, 91 042 zerstört, 90 465 noch auf Lager, 577 Minenwerfer und Rohre von solchen zur Zerstörung erhalten, 22 778 zerstört, 22 334 noch auf Lager, 444 Geschütze und Rohre von solchen zur Zerstörung erhalten: 50 489 zerstört, 49 683 noch auf Lager, 801 Lafetten zur Zerstörung erhalten: 23 880 zerstört, 26 585 noch auf Lager, 285 scharfe Artilleriegeschütze und Minen zur Zerstörung erhalten: 36 800 000 zerstört, 28 500 000 noch auf Lager, 8 300 000 scharfe Hand-, Gewehr- und Wurgranaten zur Zerstörung erhalten, 14 650 000 zerstört, 14 000 000 noch auf Lager, 650 000 scharfe Zünder zur Zerstörung erhalten, 55 150 000 zerstört, 54 600 000 noch auf Lager, 1 550 000 Handwaffenmunition 390 000 000 zur Zerstörung erhalten, zerstört 380 000 00, noch auf Lager 50 000 000. Flugzeuge zur Zerstörung erhalten: 13 379, zerstört 13 369, noch auf Lager 10, Flugzeugmotoren zur Zerstörung erhalten 23 299, zerstört 23 845, noch auf Lager 154. Die Ablieferungen und Zerstörungen auf Grund des Ultimatums haben erst nach der Zusammenstellung dieser Zahlen ihren Anfang genommen.

Gutsbesitzer und Telegraphenanstalten.

Am Reichstagsausschuß für Fernspreckgebühren wurde heute der Entwurf des Fernspreckgebührengesetzes beraten. Eine wesentliche Neuerung des vorliegenden Gesetzes gegenüber der bisherigen Fernspreckgebühreordnung besteht darin, daß der Reichsminister mit Zustimmung des Reichsrats nicht nur wie bisher zu einer Ermäßigung, sondern auch zu einer Erhöhung der Gebühren ermächtigt wird. Diese Bestimmung wird im Ausschuß vielfach als eine Einschränkung der Rechte des Reichstags angesehen. Nur eine Ermäßigung der Gebühren wollte man dem Reichspostminister auch künftig freistellen. — Ein Antrag Steinkopf (Soz.) und Genossen fordert, daß die auf Gütern untergebrachten Telegraphenanstalten, sofern sie entweder ausschließlich oder überwiegend den Interessen der Gutsbesitzer dienen, welche hierdurch Fernspreckanschlüsse auf eigene Kosten ersparen, aufzuheben sind, sofern ein öffentliches Verkehrsbedürfnis ihre Beibehaltung nicht rechtfertigt. — Ein Regierungsvertreter sagt eine Nachprüfung zu. Weiterberatung Dienstag.

Die Pensionierung der Reichsminister. Zur Erklärung einer Pressemeldung erfahren die B.Z. an zuständiger Stelle, daß nach dem Reichsbeamtengezet bei der Festsetzung des pensionsfähigen Dienstalters der Reichsminister die Zeit der Beschäftigung bei Staats- und Kommunalbehörden und — die Beschäftigung als Rechtsanwalt angedrechnet werden kann. Die Festsetzung bedarf der Zustimmung des Reichsrats. Im Falle des Reichsanwalts Lehrenbach hat der Reichsrat die Anrechnung der Hälfte seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt zum pensionsfähigen Dienstalter festgesetzt.

Der Haftbefehl gegen den unabhängigen Landrat a. D. Kaspereck in Nordhausen ist vom außerordentlichen Gericht in Nordhausen aufgehoben worden, da nach neuen Zeugenvernehmungen der Verdacht gegen Kaspereck, an den Währungsruhen beteiligt gewesen zu sein, nicht mehr besteht. Die Affäre Kaspereck war seinerzeit von der reaktionären Presse gegen den sächsischen Oberpräsidenten Genossen Hering ausgebläht worden; die Einstellung des Verfahrens gegen ihn zeigt, daß es sich auch in diesen wie in so vielen Fällen um ein eides Verleumdungsmachwerk und künstlich aufgetriebenes Strohhalm handelt.

Eine afghanische Gesandtschaft in Ungarn ist feierlich durch Flaggenschiffung insalliert worden. Mustafa Kemal hielt dabei eine Rede gegen westlichen Imperialismus und meinte, das Bündnis mit Rußland werde sich vielleicht als Reiter der Orientvölker erweisen. — Die Griechen müssen vor den Türken zurückgehen und haben 35 mld verloren.

Spanischer Feldzug in Marokko. Post „Temps“ haben die Spanier in Spanisch-Marokko mit einem Heere von 20 000 Mann, 150 Kanonen und 10 Flugzeugen einen Feldzug gegen die ausländischen Stämme begonnen. In der spanischen Fremdenlegation sollen weitere Vorkommnisse sein. 14 Legionärsoldaten und zwei Engländer, Italiener und Deutsche, sollen demnächst nach Spanien zurückgebracht werden.

Bergmann und Guggenheimer sind zur Fortführung der Wiederaufbauverhandlungen mit Loucheur nach Paris abgereist.

Eine wahrhaft „Göttliche Komödie“! In der „Volkswacht für die Oberpfalz“ lesen wir: Die Dreierverwaltung Regensburg des Deutschen Künstlerverbandes wollte kürzlich eine Dante-Feier veranstalten und erbat sich dazu die Mitwirkung der Reichswehrmusik. Ihr Kommandant, Major Geiß, erklärte aber, daß er der Reichswehrmusik die Teilnahme an der Feier verbieten werde, wenn nicht die Bezeichnung Dante überlebt oder ausgestrichen werde. Auf die Frage, worum das eschen solle, antwortete der Major, daß ein ausländischer Dichter nicht gefeiert werden dürfe, und daß den Deutschen beigebracht werden müsse, daß es keinen Internationalismus in Kunst und Wissenschaft gebe.

Es ist ein wahrer Segen, daß man diesem italienischen Komödienschreiber Dante in Bayern endlich energisch zu Dack gestiegen ist. Hoffentlich wird nun aber ganz reiner Tisch gemacht und das bayerische Volk von den entsetzlichen Einflüssen aller allierten und assoziierten Literaten definitiv befreit. Der angelsächsische Pfefferlack Shakespeare und der Pariser Windhund Möliere dürfen, wie man uns mitteilt, noch immer zumessen auf Regensburger und anderen Bühnen erscheinen. Es ist höchste Zeit, daß sie überlebt oder ausgestrichen werden. Das Exzerptreglement der Orgel und des „Niesbacher Anzeiger“ oeniügen vollkommen, um die wissenschaftlichen und künstlerischen Bedürfnisse aller wirklich nationalen Bayern zu befriedigen.

Vergriffene Werke. Eine Reihe von Neudrucken hat der Verlag J. H. W. Dietz, Stuttgart, in der letzten Zeit veranstaltet. So wurden der Marx-Engelsche Briefwechsel (4 Bände, Halbbanden 125 M., Pappband 100 M.), Marx' „Theorien über den Mehrwert“ (80 M.), Plechanows „Beiträge zur Geschichte des Materialismus“ (16 M.) und Sterns „Philosophie Spinozas“ (14 M.) in unerbittlicher Gestalt neu herausgegeben. Zu sämtlichen Preisen kommt ein Leerveranschlag von 20 Proz. Die Rührigkeit des parteigegenständlichen Verlages ist um so mehr zu begründen, als unsere Zeit aus wirtschaftlichen Gründen dem Buch, insbesondere dem wissenschaftlichen Buch, leider wenig günstig gesinnt ist.

Ein Zentral für Johann Strauß wurde am Sonntag im Wiener Stadtpark erbaut. Der Bundespräsident Jahnisch, die Witwe von Joh. Strauß, der deutsche Gesandte v. Rosenberg u. a. wohnten der feierlichen Einweihung bei.

Berliner Sezession. Die Generalsammlung wählte als Vorstand für das Ausschauungsjahr 1921—22: Coriath, Hineit, Popenheimer, Dopler, Aoseker, Epino, Wend. Für die Jury wurden ausgesel: Rohloff, Grosse, Hans Richter, Steinhardt, Möste und Schiffer. Große Schauspieltische. Die Aufführungen des „Sommer nach Traumb“ begannen am 7. Mär.

Walhalla-Theater. Mittwoch findet die 300. Aufführung der „Schuldungsreite“ statt. Die Abonnement des „Vorwärts“ erhalten eine bedeutende Preisermäßigung, wie aus dem heutigen Anzeiger ersichtlich.

Reiter-Wilhelm-Gedächtnisfest. Die nächste Abendmusik veranstaltet Fritz Reimann am Donnerstag, 30. abends 8 Uhr. Das Deutsche Museum in München wird einzelne Abteilungen seines Neubaus auf der Kolonnenlinie wahrscheinlich schon in diesem Herbst eröffnen können, z. B. die für Denkmäler, Münzen, Gemälde, Kunstinstrumente. Bekanntlich haben das Reich und Bayern insgesamt zwölf Millionen für den Ausbau bereitgestellt und die Industrie über vier Millionen zugeordnet.

Wer ist in Not?

Die Berliner Luxushotels fordern Beseitigung der Beherbergungssteuer, Polizeistunde und der Brot-, Zucker- und Milchbewirtschaftung.

Wenn man die Arbeiter-Tagespresse verfolgt, so kommt man zu dem Ausschrei: Volk in Not! Das ununterbrochene Steigen der Miets-, Fahr- und vieler Lebensmittel- und Gebrauchsartikelpreise, die unglückliche Wohnungsnot, der Niedergang der Volksgeundheit lassen diesen Ruf berechtigt erscheinen. Das Stinnes-Organ, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, erhebt in der Abendnummer vom 22. Juni einen anderen Ruf, mehr aufdringlich als eindringlich, nämlich: Hotels in Not! Das zu tun ist natürlich ihr Recht, denn jeder muß das tun, wozu er sich aus innerem Drang getrieben fühlt. Da nun aber das Blatt großen Formats ausdrücklich sagt: „Wenn es eine Gattung gibt in den Berliner Vergnügungs- und Erholungsräumen, die den alten Ruf der Reichshauptstadt wieder zu Ehren bringen will und kann, so sind es gerade die „Großhotels“, so gesteht es damit ohne weiteres ein, daß der Hilferuf: Hotels in Not eben diesen Groß-, d. h. den Luxus-hotels gilt. Wie gesagt, jeder tut das, wozu es ihn treibt, und die „DAZ.“ scheint in dieser Zeit keine größere Not zu kennen, als die Not der großen Berliner Luxus-hotels. Dazu paßt denn auch ganz das kurz vorhergehende Geständnis: „... eines blieb gleich in den Entbehrungen der Kriegsjahre wie im Jazztaumel des Friedens. Das waren die großen Berliner Hotels“. In verständliches Deutsch übertragen kann das nur heißen: Auch im Kriege bekam man in diesen Hotels alles. Und das soll ja auch wohl der Fall gewesen sein.

„Zwangswirtschaft, Polizeistunde, Beherbergungssteuer“.

Was ist es nun, das den grimmen Jörn des Blattes großen Formats erregt hat? Hier die Lösung des Rätsels: „Aber da besteht ein Dreibund, hartnäckiger als die gesamte Entente es je war, um die Bestrebungen der Hotels so weit wie möglich zu unterbinden. Dieser Dreibund heißt Zwangswirtschaft, Polizeistunde und städtische Beherbergungssteuer“. Man sieht sich erstaunt an den Kopf, wenn man das liest. An diesen dreien sollen die Berliner Luxus-hotels zugrunde gehen? Um dieser drei willen ein solches Gesagtes? Zunächst Zwangswirtschaft. Die „DAZ.“ sagt selber: „Sie ist zwar so gut wie aufgehoben, aber — und sie läßt sich von den großen Hotels den Ellenbogen stützen und hebt strafend den Drohfinger: „aber für Brot, Zucker und für Hotels auch Milch, besteht sie (Zwangswirtschaft) immer noch“. Das hört sich doch beinahe so an, als ob die in den Luxus-hotels mittels Filets, Rehrücken, Hummer, Lachs, Austern und Kaviar traurig unterernährten Gäste des In- und Auslandes verhungern müßten, weil sie zu wenig Zucker und Milch bekommen. Selbstverständlich hat kein Hotelgast, und sollte er an einem Tag soviel zu verzehren haben wie der Proletarier in einem Jahr, mehr Anrecht auf die aus Gründen der Not rationierten Lebensmittel, Brot und Zucker, als jeder andere Deutsche. Alle Ausländer werden sich wohl oder übel diesem Zwang zu fügen haben. Und von den Insidern, d. h. von den Deutschen, die in Luxus-hotels verkehren, darf man wohl annehmen, daß auch sie von dem oft betonten Willen zum sittlichen Wiederaufbau so stark befeuert sind, daß sie diese kleine Einschränkung gern und freudig auf sich nehmen werden. Die „DAZ.“ aber will uns in allem Ernst einreden, daß der Ruf Berlins als Fremdenstadt leiden müsse, weil die Luxus-hotels nicht nach Belieben in Milch und Zucker panischen können.

Dann die Polizeistunde! Selbstverständlich muß und wird auch sie einmal erweitert werden — sie ist ja schon soeben um eine halbe Stunde verlängert worden — aber bestimmt nicht zuerst für die Luxus-hotels, Weinrestaurants, Bars und Tanzdielen, sondern im Interesse der großen Masse der Kleingastwirte, die während des Krieges außerordentlich gelitten haben und weiterhin im Interesse der Angestellten. Es sind aber nicht wenige und nicht unbeachtliche Kreise unserer Bevölkerung, die sich von einem unbegrenzten Nachtbetrieb keineswegs eine wohlthuende Wirkung versprechen. Ueber den Vorwurf der Besteuerung der Luxus-hotels ein Wort zu verlieren, erübrigt sich wohl aus dem einfachen Grund, weil allgemein bekannt ist, daß gerade die Leute mit reichem Einkommen und Unternehmern mit großen Gewinnen am wenigsten bereit sind, der allgemeinen Not durch Steuern Rechnung zu tragen. Man muß sie eben zwingen.

Die Abkehr vom Luxus.

Als der neue Minister Walter Rathenau in Wiesbaden war, berichtete die gesamte Presse des In- und Auslandes als besonders Sittte und Verantwortung zur Aufgabe gemacht hat, schließen zu

dürfen, daß sein Auftreten in Wiesbaden kein Zufall war, sondern Ausdruck einer bestimmten inneren Wahrscheinlichkeit.

Deshalb verdient das Verhalten des Ministers Beachtung, denn die Parteien und die Presse der Rechten vertreten einen verhängnisvollen Wert, daß der deutsche Minister weder mit einem Luxusautomobil gekommen noch in einem Luxushotel abgestiegen sei, noch sich mit Luxusgewohnheiten umgibt. Wir kennen die Lebensgewohnheiten des Ministers nicht, aber wir glauben aus seiner Zugehörigkeit zu einer Korporation, die sich die Erneuerung wirtschaftlicher

Achtung, Genossinnen und Genossen!

Kundgebung zum Jugendwohlfahrtsfest am Mittwoch, den 29. Juni, abends 6 1/2 Uhr, in der Schulaula Steinstr. 32-34. Referentin: Genossin Marie Juchacz, M. d. R.

Alle Funktionärinnen müssen erscheinen. Besuch zahlreicher Funktionäre dringend erwünscht.

vollen Dualismus: Einmal wollen sie Schlichtheit und Reinheit der Lebenssitten, das andere Mal aber verzerren sie mit Feuereifer die Interessen des Luxus. „Man kann aber nicht dienen Gott (d. h. einem sittlichen Prinzip) und dem Mammon.“ Wenn sich also die „DAZ.“ ein Blatt mit national-ethischer Grundtendenz, ausgerechnet für die Luxus-hotels mit einem Lebereifer einsetzt, der einer besseren Sache würdig ist, so ist das eben aus jenem der gesamten Rechten eigenen Dualismus zu verstehen und deshalb aufschärfste zurückzuweisen. Erstaunlich und befremdend würde die Sache allerdings, wenn es sich herausstellen würde, daß die „DAZ.“ nicht so sehr um die ausländischen als um die Fremden aus Deutschland besorgt sein sollte. Dann allerdings würde die Sache ernst, sehr ernst. Dann wäre auch hier das letzte Wort noch nicht gesprochen. Dann käme es wirklich einmal darauf an, festzustellen, welche von den Berliner Luxus-hotelsbesitzern und deren Gästen es sind, die in Berlin wieder die Nacht zum Tage machen wollen, die sich gegen die für den Bestand dieses Biermillionskörpers notwendigen Steuern sträuben und die bereit sind, jeden Preis für Brot und Zucker zu zahlen, während Tausende von Familien und Rüttern in heller Verzweiflung nicht wissen, wie sie ihre Kleinen und sich selber notdürftig ernähren sollen.

Volk in Not.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ macht sich zum Anwalt der angeblich aufs tiefste bedrängten Luxus-hotels und der Gäste dieser Luxus-hotels und ruft: Hotels in Not! Wir lehnen diesen Ruf ab und entgegnen darauf: Es trifft nicht zu, daß es die Berliner Luxus-hotels sind, die jemals imstande sein werden, den „alten Ruf der Reichshauptstadt wieder in Ehren zu bringen“. Kommunalpolitisch ist es geradezu lächerlich, den Ruf einer Stadt von dem Bestehen der Luxus-hotels abhängig machen zu wollen. Der Ruf einer Stadt gründet sich vornehmlich auf die geistige, sittliche und körperliche werthvolle Tüchtigkeit seiner Einwohner. Um diese zu stärken, zu heben und zu fördern, müssen wir für Berlin einen anderen Ruf ertönen lassen: Volk in Not! Und wir wollen sehen, welcher Ruf von größerer Notwendigkeit und Berechtigung getragen wird. Unter solchen Umständen würde es bei der arbeitenden produktiv tätigen Bevölkerung von Berlin den heftigsten Widerspruch erregen, wenn staatliche oder kommunale Behörden den Wünschen der Luxusmenschen und der Luxus-hotels nachgeben würden.

Der Kampf um das Schloßlazarett.

Die Öffentlichkeit hat geglaubt, daß man nunmehr die Insassen des Schloßlazarets in Charlottenburg endlich in Ruhe lassen werde. Dem ist aber nicht so. Das Bemerkenswerte an diesem Fall ist, daß bisher noch immer kein stichhaltiger Grund angegeben werden konnte, weshalb man diese um das Vaterland verdienten Männer aus der ihnen lieb gewordenen Umgebung herausreihen will. Wie uns zuverlässig berichtet wird, fährt jetzt täglich ein

Auto vor, um diejenigen Kriegsbeschädigten, welche sich verlegen lassen wollen, aufzunehmen. Es hat sich aber, soweit bekannt, keiner von den Kranken abfahren lassen. Inzwischen ist in den Räumlichkeiten des Lazarets von den Kranken eine Urabstimmung vorgenommen worden. Von 127 abgegebenen Stimmen waren nur 7 für Verlegung. Angesichts der durch die bürgerliche Presse verbreiteten einseitigen Darstellung besteht unter den Kranken der sehnlichste Wunsch nach einer gründlichen Aufklärung der ganzen Sachlage. Zu diesem Zweck soll jetzt eine aus Angehörigen verschiedener Parteien zusammengesetzte Kommission gewählt werden mit der Aufgabe, in Verbindung mit Vertretern der Kriegsbeschädigtenorganisationen das Material der Behörden und der Lazarettinsassen zu prüfen und das Ergebnis der Öffentlichkeit, sowie den angegebenden Körperschaften zu unterbreiten, damit endlich Abhilfe geschaffen werde.

Die Insassen des Lazarets verlangen, daß bis zur Entscheidung alle gegen sie verhängten Maßregeln aufzuheben sind. Ihrer festen Ueberzeugung nach wird eine unparteiische Prüfung ergeben, daß kein Grund für das rigorose Vorgehen gegeben ist. Eingeleitet wurde dieses damit, daß man sagte: „Entweder müssen die sechs Rädelsführer aus dem Lazarett entfernt, oder dieses muß gänzlich geräumt werden.“ — Von den sechs als „Rädelsführer“ angesprochenen Kranken ist keiner mehr im Lazarett, sie sind längst fort und somit liegt nach Meinung der Insassen des Lazarets nicht der geringste Grund für die Behörden vor, immer noch auf die Räumung zu bestehen und den ohnehin genug leidenden Kranken und Krüppeln das Leben durch Zwangsmahregeln zu verkümmern. Als eine vollkommen unverständliche Maßnahme erweist sich auch die Verordnung des Reichsarbeitsministeriums, nach der ein Teil der Kriegsbeschädigten nach dem Versorgungs-Lazarett Thüringer Allee verlegt werden soll, das bisher nur Station für Kieferverletzte war, während im Charlottenburger Schloß alle orthopädischen Einrichtungen vorhanden sind.

Kompagniegeschäfte zwischen Verbrechern und Kriminalbeamten.

Ein Konsortium von Verbrechern und Kriminalbeamten, welches eine ganze Serie der verschiedensten Straftaten auf dem Schuldkonto hat, wurde gestern auf längere Zeit unschuldig gemacht. Angeklagt waren die angebliche Wirtschaftlerin Elisabeth Müller, der Kaufherr Karl Krautwurt, der Arbeiter Robert Schröder und Werkmeister Paul Wichmann, sämtlich vorbestraft; ferner der Kaufmann Willi Below und der Kriminalwachmeister Franz Koff. Die mitbeteiligten Kriminalwachmeister Kehlaff, Förster und Grünlich sind inzwischen zu Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren verurteilt worden.

Die Leiterin des Verbrechertonsortiums war die Angeklagte Müller, welche es in äußerster raffinierter Weise verstand, sich an Kriminalbeamte heranzumachen und sie derart zu umgarnen, daß sie sich schließlich sogar an den von ihr ausgeübten Verbrechen beteiligten. Auf diese Weise hat sie bereits 5 Kriminalwachmeister, durchweg junge Beamte, ins Verderben gestürzt. Mit Hilfe dieser Kriminalbeamten wurde als erste Straftat zwei Türken, Dr. Fuad und Dr. Mansur, im „Café Gröhenwahn“ 30 rotgestempelte Tausendmarktscheine, einem bayerischen Kaufmann, der hier Gold verkaufen wollte, ein kilo Feingold, einem Schlächtermeister Urban 27 000 M. abgenommen. Dem Inhaber des „Artistenlekkers“, Kaufmann Breuer, hat die Gesellschaft durch Einbruch Belze, Teppiche und Silberfachen im Werte von 30 000 M. entwendet. Den Hauptcoup verübte Wichmann, welcher in der Maste eines Leitungsrevisors einer in der Rauchstraße wohnhaften Geheimrätin ein Berlin-Kollier im Werte von über eine Million Mark entwendete. Dieses Kollier wurde durch einen inzwischen flüchtig gewordenen Juwelenschieber Westhoff nach Paris verkauft. Nachdem es dem Kriminalwachmeister Müller gelungen war, die Täter zu ermitteln, wurde es auch möglich, die gestohlenen Pretiosen wieder herbeizuschaffen.

Wegen des jetzt zur Anlage stehenden Falles Breuer beantragte der Staatsanwalt Gefängnis- und Zuchthausstrafen bis zu 4 Jahren. Die Angeklagten Frau Müller und Wichmann wurden freigesprochen. Die Angeklagten Krautwurt und Schröder zu je 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, die Angeklagten Below und Kriminalwachmeister Koff erhielten 1 Jahr 3 Monate bzw. 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Koff wurde sofort in Haft genommen.

Staffelung des Schulgeldes nach sozialen Gesichtspunkten.

In Ergänzung unseres gestrigen Berichtes aus dem Staatsauschuss der Berliner Stadtverordnetenversammlung teilen wir nach mit, daß die sozialistischen Parteien nicht etwa der Schulgelddrängung auf 500 M. ohne weiteres zugestimmt haben, sondern erst nach Annahme des folgenden Beschlusses: Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Schuldeputation zu beauftragen, unverzüglich Richtlinien aufzustellen, nach denen eine Schulgelddermäßigung bis zur

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Sie blieb vor ihm stehen und sah ihn angstvoll an. Nichts von Berechnung war mehr an ihr zu entdecken. Sie schien gebrochen. „Werden Sie uns helfen?“ fragte sie.

„Ich werde die Angelegenheit prüfen,“ entgegnete er vollkommen sachlich, obwohl ihm ihre Angst in den Zustand einer angenehmen Erregung versetzt hatte. „Zeigt es sich, daß das Geschäft zu halten ist und daß die Gelder, die hineingesteckt werden müßten, sich verzinsen, bin ich nicht abgeneigt, das Ganze zu übernehmen.“

„Und wir?“ fragte sie heftig. „Was würde dabei für uns ausfallen?“ Ihre Stimme zitterte, und vor ihren Augen lag es wie ein Schleier.

Er kostete einen Augenblick ihre Angst voll aus. Dann sagte er: „Das hängt von der tatsächlichen Lage ab, in der sich das Geschäft Ihres Gatten befindet und über die ich mir klar werden muß. Nach dem, was Sie mir berichten, wird es freilich nicht viel sein. Immerhin soviel, daß Ihr Gatte in irgendeiner Eigenschaft in dem Geschäft verbleiben könnte, vielleicht als sachlicher Leiter... Ihr Gatte, gnädige Frau, scheint kein Kaufmann zu sein?“

Sie wurde rot und ihre Augen begannen böse zu leuchten. „Er ist ein Dummkopf!“ rief sie aus.

Er lächelte. „Trösten Sie sich. Ein jeder Mensch macht Dummhheiten. Ich habe auch welche gemacht.“

Sie wandte sich ihm voll zu und sah ihn demütig an, als bewunderte sie seine Kühle. „Sie? Sie sind sicher sehr erfahren? Und auch reich?“

„Ich bin erfahren — ja, sehr. Und ich bin auch reich, glücklicherweise. Aber ich hoffe, noch reicher zu werden.“

Sie sagte wie im Traum nach seinem Arm. „Und Sie werden uns helfen?“ fragte sie mit verästelter Stimme.

Er fühlte den Druck und ließ die Wärme der Hand auf sich einwirken. Aber er wurde nicht verwirrt dadurch, vielmehr innerlich völlig klar. Er erkannte mit einem Male einen

Teil der geheimen Zusammenhänge des Lebens, die ihm bisher recht dunkel erschienen waren. Es war immer so, daß der, der die Macht hatte, nahm, während der, der schwach war, sich berauben lassen mußte. Nun, es war ihm jetzt eine Wollust, zu rauben.

„Wie?“ bat sie erneut. „Sie werden uns helfen?“

„Wem?“

„Uns! Nein, nicht uns; mir!... Werden Sie es?“

„Ich weiß es nicht...“

Sie umklammerte seinen Arm fester. „Ich werde Ihnen dankbar sein. Immer. Ich werde es Ihnen nie vergessen...“

Er löste ihre Hand von seinem Arm, betrachtete und streichelte sie wie in Gedanken. „Lieben Sie Ihren Mann?“

fragte er leise.

Da weinte sie plötzlich und überließ ihm gehoriam die eine Hand, während sie mit der anderen ihre Tränen trocknete.

„Fragen Sie nicht,“ schluchzte sie, „er hat mich unglücklich gemacht...“

„Im Leben macht immer der eine den anderen unglücklich,“ sagte er grausam. „Das ist so. Man muß sich hüten, der andere zu sein. Das ist alles.“

„Ja,“ sagte sie weich.

„Sehen Sie das ein?“

„Ja, ich sehe es ein...“

Er zog sie näher an sich heran und drückte einen schnellen, oberflächlichen Kuss auf ihr Haar, so, als gebe er ihr, um sie für eine Weile zu trösten, ein süchtiges Geschenk. „Ich will sehen, was ich für Sie tun kann,“ sagte er zögernd. „Aber ich tue es nur unter einer Bedingung.“

„Ja?“ Sie sah ihn unter Tränen dankbar an.

„Sie dürfen nie vergessen, daß es nur ein Geschenk ist, was ich Ihnen mache, und daß ich dieses Geschenk zurücknehmen kann, sobald es mich reut... Wollen Sie das nicht vergessen?“

Sie wandte, gleichsam widerstrebend, den Kopf zur Seite. „Sie sind hart.“

„Ich bin hart, ja — und ich bin es mit Bewußtsein... Lehnen Sie mein Geschenk ab?“

Einen Moment war es, als wollte sie sich in seine Arme werfen. Nur der abweisende Ausdruck in seinen Augen hielt

sie davon ab. „Ich nehme alles an, was Sie mir schenken,“ sagte sie gehoriam. „Aber ich bitte Sie doch: seien Sie gut!“

Er erhob sich und küßte ihr die Hand.

Rasch sah er sich noch einmal in dem Raum um, als sei es ein Besitztum, das nun ihm gehöre.

Dann sagte er: „Ich gehe jetzt. Ich erwarte Ihren Gatten morgen früh in meinem Hotel. Ich will dann versuchen, alles zu regeln.“

Er ging. Sie sah ihm mit schimmernden Augen nach, wie einem, der jetzt ihr Herr war und vor dem es keine Rettung gab, weil er die Rettung selber war. —

Auf der Straße unten wandte sich Reiser noch einmal nach dem Hause um. Es war in dem prägnanten Stil erbaut, der den meisten Häusern dieser Gegend eigen war. Er dachte: es ist mein Haus! Und er setzte seinen Weg in dem Gefühle fort, eine neue Heimat zu haben, in der er, wenn sie seiner alten auch nur wenig glich, doch am sichersten zu jenem Ziel gelangen würde, das er erstrebte.

Er schlenderte gemächlich die Straßen entlang, die voll eleganten Lebens waren. Alles, was er sah, war ihm in einem gewissen Sinne neu, denn es war anders, als er es in Hamburg gesehen hatte. Oder lag das nur daran, daß er hier in der Fremde war, einer Fremde, die, bedünkte ihn, fast weiter lag als ferne, fremde Länder? Niemand konnte ihn hier, niemand kannte auch er. Das ist ein Zustand, dachte er, auf dem ich neu aufbauen kann. Oh, er war zufrieden!

Er begab sich in das Hotel zurück, ließ sich das Abendbrot auf seinem Zimmer servieren und hatte dann das Bedürfnis nach einer leichten Zerstreuung. So fuhr er in den Wintergarten.

Das Verleihen dieser abwechslungsreichen Kunst folgte ihm sehr zu. Es beruhigte. Auch die halbbrecherischen Akrobatentricks regten nicht auf, weil sie mit jener fabelhaften Sicherheit dargeboten wurden, die er sich zum Beispiel für die Stetigkeit und Festigkeit seines künftigen Lebensweges nahm, wie er auch in dem lässiggraziösen Lächeln der Tänzerinnen die Art erkannte, auf die er künftig das Weib zu genießen dachte: in einem spielerischen Nippen der nicht ins Tiefe und Aufregende gehenden Freuden, die sie boten. (Fortf. folgt.)

nötigen Befreiung von Schulgeld an den Mittel- und höheren Schulen entsprechend der Vermögenslage der Eltern und der Anzahl der Kinder zu erfolgen hat. Praktisch bedeutet also dieser Antrag für den selbstverständlich auch unsere Fraktion aufs wärmste eingetreten ist, die Staffelung des Schulgeldes nach sozialen Gesichtspunkten, wie sie bereits vorher von unseren Mitgliedern im Ausschuss gefordert worden war.

Der Dollar als Zahlungsmittel.

Der Berliner Magistrat sichert sich Goldzahlung.

Die von der Stadt Berlin geplanten Kellamerverträge, welche die nächste Stadtverordnetenversammlung beschließen werden, haben in einem Teil der Presse dadurch Aufsehen verursacht, daß in ihnen eine Zahlung der Pacht nicht nur in Mark, sondern auch in amerikanischen Dollars vorgesehen ist. Man hat gemeint, es solle damit der Dollar als Zahlungsmittel eingeführt werden. Die Sache ist jedoch harmlos. Da die fraglichen Verträge auf 10 und 15 Jahre geschlossen werden sollen, so mußte eine Form gefunden werden, um für den Fall weiterer Geldentwertung die Stadt vor Schaden zu bewahren. Aus diesem Grunde ist dem Magistrat das Recht vorbehalten, statt des in Mark ausgedrückten Pachtbetrages den dem heutigen Kurs entsprechenden Dollarbetrag zu verlangen. Es ist diese also nur eine einfache Valutaklausel.

Man muß das Vorgehen des Magistrats, der sich auf diese Weise Goldzahlung sichert, nicht als unheimlich anerkennen. Hoffentlich werden darüber gerade jene Kreise freudig erntet sein, die sonst den Behörden „mehr kaufmännischen Geist“ empfehlen. Die Maßnahme des Magistrats nimmt mit Recht diejenigen heran, die sonst für Weltmarktfröhen und erhöhte Leistungen an die Gesamtheit nicht zu haben sind, wohl aber ihre eigenen Zahlungen gerne in Gold auszudrücken pflegen.

Verhaftung eines Zuckerschleubers. Einer großen Zuckerschlebung kam, wie wir feinerzeit berichteten, das Polizeiamt Lichtenberg Ende vorigen Jahres auf die Spur. 60 Zentner Zucker wurden von einer Schiebergesellschaft unter der Vorpiegelung verkauft, es sei „über-schüssiger Zucker“, den der Berliner Magistrat abstoßen wolle. In Wirklichkeit stammte er aus einem bestohlenen Wagon. Eine Reihe von Beteiligten wurden verhaftet, darunter auch ein gewisser Bernack. Bald ereignete sich, daß gerade Bernack 30 Zentner Zucker über eine Firma in der Choriner Straße nach deren Zweigstelle in Rathenow geschickt hatte; er wurde seitdem vergeblich gesucht. Erst gestern gelang es, ihn auf einem Laubengrund in Lichtenberg zu ermitteln und wieder festzunehmen. Der Verhaftete konnte alle Lichtenberger Kriminalbeamten und zog sich, so oft er einen von ihnen erblickte, scheunig auf das Laubengrund und in seinen Schlupfwinkel zurück.

Das Oesterreichisch-Deutsche Sommerfest, das am Sonnabend im Zoologischen Garten stattfand und über das wir in der Sonntagsnummer kurz berichteten, rundete sich in seinem weiteren Verlauf zu einer wohlgeleiteten, vom besten Wetter und herrlichster Stimmung begleiteten Veranstaltung. Besonders waren es die Vorträge voll-ständlicher Art, die Volkslieder des Berliner Sängervereins und der Deutschösterreichischen Liedertafel sowie die hübschen Volks Tänze und Gesänge der Schubert-Sängergruppe des Alpenvereins, die all-gemeinen Beifall fanden. Dem Gartenkonzert lauschte man bis spät in den Abend hinein. Die Tombola brachte den Gewinnern freudige Ueberraschungen. Der Ball im Marmorpalast bot schließlich das be-kannte Bild der Hölle und Ueberrückte. Hoffentlich hat sich für die Zwecke der Oesterreichisch-Deutschen Volksbundespende, denen das Fest diente, ein guter Ueberschuß ergeben. Will doch diese Spende ausschließlich der Verwirklichung einer innigen politischen und kulturellen Gemeinschaft Deutschösterreichs und Deutschlands dienen.

Verlängerung einer Straßenperierung. Die Sperrung der Blücherstraße zwischen Blücherplatz und Jossener Straße für den durchgehenden Fußverkehrsverkehr wird bis zum 15. Juli verlängert.

Kriegsteilnehmer. Die Letzte oder Jahrgänge werden wollen, brauchen an Teilnahme nur die erfolgreiche Teilnahme an einem zweiseitigen Universitäts-Datentkurs nachzuweisen.

Im Usa-Palast am Zoo findet der Juni-Varieté-Spielplan größten Beifall. Das Programm wechselt am Freitag, den 1. Juli. Es werden im kommenden Monat ebenfalls nur erstklassige Kräfte den Besuchern die allerbeste Unterhaltung bieten.

Das nächste künftige Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Döngel findet am Dienstag, den 28. Juni 1921, abends 8 Uhr, in der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23, statt. Aus dem Programm: Ouvertüre, Ballettmusik aus „Die Aben-teurer“ von E. Chabrier, Bolero, Abschied von Brühlsche und Feuerzauber aus „Die Walküre“ von R. Wagner, Ouvertüre „Leonore III.“ von L. v. Beethoven. Der Vorverkauf wie bekannt.

Die 105. Brotkommission, Danziger Str. 23, wird am 8. Juli nach Senefelderstr. 6 verlegt und dortselbst mit der 221. Brotkommission vereinigt. Die vergrößerte 221. Brotkommission wird Direktor Ehrenpfordt führen und den Betrieb am 9. Juli eröffnen.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Heute, Dienstag, den 28. Juni:

7. Ubr. 7 Uhr Abrechnung der Besatzführer bei Bogler, Wittenwälder Str. 18.

32. und 34. Ubr. 7 Uhr öffentliche Elternversammlung der 223. Gemeindefamilie, Putzstraße 3, in der Turnhalle, Thema: „Die Gebil-dung der Elternbeiträge durch das Bezahlungsregime“.

10. Ubr. Freizeitan-Schüler, 8 Uhr Vorstandssitzung bei Götlich, Rudow-, 10. Wegestraße.

15. Ubr. Sängerkreis der SPD, Tempelhofer, Mittel d. U. S. A. 11. Ubr. Säng-erinnen und Sängerkreis bei heute nachmittags 1/2 Uhr vor der Halle des Gemeindebetriebshaus zum Grabstein.

Frauenveranstaltungen am 28. Juni:

13. Ubr. Charlottenburg, 7 1/2 Uhr bei Burg, Uffmannstr. 1. Thema: „Die Welt-an-schauung der Sozialdemokratie“. Referent Genosse Dr. Reyer, W. d. L.

Morgen, Mittwoch, den 29. Juni:

12. Ubr. 7 1/2 Uhr bei Pfeiffer, Stargarder Str. 3. Wichtige Zusammenkunft stän-diger Besatzführer und Helfer, Archivangehöriger, Elternbeiträge und sonst-igen Parteimitglieder. Auch Mitglieder sind willkommen.

13. Ubr. 7 Uhr Jahrbuch in den bekannten Lokalen.

14. Ubr. 7 1/2 Uhr Diskussionsabend der Turner, Himmelsburger Str. 1. Kurzes Referat des Genossen Dr. Richard Koppelt: „Wirtschaftspolitische Bedeutung der Tarifverträge“.

15. Ubr. 7 1/2 Uhr Schlußabend bei Schmidt, Wietzstr. 17 und bei Pfeiffer, Ber-lingerstr. 7.

103. Ubr. Oberschneide, 7 1/2 Uhr in der Ulla Weissenstraße, öffentliche Elternversammlung. Thema: „Gaulens Schulprogramm und der Reichshilfsbeitrag“. Referent Studentin Dr. Wessels.

120. Ubr. Ostow, 7 1/2 Uhr Abteilungsversammlung bei Schmidt, Wollan-fenke 115. Tagesordnung: 1. Die Politik des Reichskongresses und unser Stellung dazu. 2. Stellungnahme zum Regierens und Wohl eines Dele-gierten. 3. Bericht des Referenten.

121. Ubr. Arbeiterschulen, 7 1/2 Uhr Schlußabend in den bekannten Lokalen.

122. Ubr. Karow, 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Bernack, Poststraße.

Nachtrag: Reamie und Angehörige der Gemeinde Groß-Berlin, die auf dem Boden der SPD stehen. Fachsprache 3 Uhr Versammlung im Bürgerpalast des Berliner Kaufmanns, Königsplatz. Tagesordnung: 1. Unsere nächsten Aufgaben. Referent R. Hermann und A. Wulfsch. 2. Freie Aussprache. Schließen III unbedingt erforderlich. Der SPD-Berbeitungsamt der Kommunalbeamten.

Frauenveranstaltungen am Mittwoch, den 29. Juni:

101. Ubr. Schöneberg: Frauenfunktionärinnen. Wohlfahrtsausflug und Ferien-tage: Sitzung 7 1/2 Uhr bei Friedrich, Waidmarkt, 8.

Wirtschaft

Deutschlands Kohlenlage.

Ueber die Kohlenlage erhalten wir von zuständiger Seite folgenden Bericht:

Infolge der Knappheit an Gaskohlen können die Gas-anstalten im Reich nur mit durchschnittlich 60 Proz. ihres ein-gekauften Kontingents beliefert werden. In diesem knappen Um-fange konnte die Versorgung der Gaswerke aufrechterhalten werden, so daß Stillstände vermieden worden sind.

Die Elektrizitätswerte sind ebenfalls in Betrieb ge-halten worden, z. T. haben aber Abschaltungen von Industrien und Stromsperrungen stattfinden müssen, z. T. werden die Rücklagen, die für den Betriebsdruck bestimmt waren, angegriffen und aufgebraucht. Für die Lage bezeichnend ist, daß Kraftwerken, die im Ruhrrevier liegen, wie Herdecke, Elverdingen, Schwelm u. a. ein Drittel ihrer Zufuhren in mitteldeutschen Braunkohlenbräun-geleitet werden muß.

Die Bestände der Reichseisenbahnen sind infolge der vermehrten Zufuhren und von Rotausfällen, die zur Aufrecht-erhaltung der Kleinbahnbetriebe notwendig wurden, zurückgegangen.

An Bunkerkohlen für die Schifffahrt herrscht ein scharfer Mangel. In Hamburg lagen infolgedessen über 50 Röhre fest, die mit Getreide und Lebensmitteln nach Berlin und Schlesien bestimmt waren. In den Küstenplätzen vorhandene Bestände sind gänzlich aufgebraucht. Die Bunkerkohlenversorgung ist auf die geringen Men-gen, die von der Ruhr nur stufenweise geliefert werden können, an-gewiesen. Auch in der östlichen Binnen-schifffahrt machten sich die Einwirkungen des Bunkerkohlenmangels infolge des Ausfalls Ober-schlesiens bis in den Magdeburger Bezirk hinein bemerk-bar. In Breslau, Oberberg, Fürstberg, Hohenhausen, Berlin, Spandau, Havelland und Brandenburg liegen zahlreiche Schiffs-plätze, insbesondere auch Lebensmitteltransporte, aus diesem Grunde fest.

Hatte die Industrie im Vorjahre nur mit knappen, zeit-weiligen, oft unzureichenden Zufuhren den Bedarf decken können, so hatten sich im Winterhalbjahr 1920/21 im allgemeinen infolge des Winderbedarfs der Industrie, den die Wirtschaftslage bedingte, Bestände an minderen Steinkohlen ansammeln lassen, die verhin-derten, daß die Industrie sofort zum Erliegen kam. Inzwischen gehen aber bei der Fortdauer des Ausbleibens der Lieferungen aus Ober-schlesien die Bestände zu Ende. Allgemein führt der gegen-wärtige Zustand zu einer völligen Entblößung Deutsch-lands von irgendwelchen Reserven, wie dies z. B. auch am Stand der Haldenbestände an der Ruhr erkennbar wird. Es bedarf keines besonderen Hinweises auf die Größe der Gefahr, die hierdurch der Industrie droht. Für den Osten ist sie um so größer, als für die Industrie des Ostens im allgemeinen eine Ausflucht von der Ruhr nicht in Frage kommen kann.

Die Staffelung der Kohlenpreise.

Der Reichskohlenverband und der Große Ausschuss des Reichs-kohlenrats beschloßen einstimmig, ab 1. Juli eine veränderte Preisklassifizierung für Ruhrkohle einzuführen zu lassen. Es wird sich hiernach der Preis für Stück- und Röhrlöcher um 25 M. und als Folge davon der für bestmesterte Kohle um 6% M. je Tonne (beides ausschließlich Steuern) erhöhen. Der Beschluß soll den Anforderungen der Verbraucher auf härtere Befeuerung mit besse-rem Wäschlohe an Stelle der schlechteren Fördertafel gerecht werden. Die Zeichen sollen einen größeren Anreiz erhalten, gute Wäsch-produte und separierte Kohle zu liefern, deren Verwendung den Feuerungsanlagen zuträglich ist und deren Bezug sich, ins-besondere bei weiter Fracht, im Betrieb meist immer noch billiger stellen wird, als derjenige von ungewählener, leider meist unreiner Fördertafel. Bei dem Separieren und Waschen der Kohle entstehen naturgemäß Abgänge und Gewichtsverluste an dem Fördergut sowie Wehrkosten, die nach Ansicht der Kohlenwirtschaftsorgane in der bis-herigen Preisstellung nicht genügend Ausdruck finden.

Das Reichswirtschaftsministerium hat der An-regung, die nicht von dem Sondirat, sondern vom Reichskohlen-kommissionar und dem Bergischen Ausschuss ausgingen, zuge-stimmt. Nach drei Monaten soll eine Prüfung über die Aus-wirkungen der Maßnahme stattfinden.

Ebenso wurde einstimmig beschlossen, die bereits eingetretene Ermäßigung der Steinkohlenbräunpreise im Ruhrgebiet und in Sachsen um 16 M. ab 1. Juni gutzuheißen und am 1. Juli mit Rücksicht auf den billigeren Beschpreis eine weitere Ermäßigung um 8 M. für die Tonne Ruhrbräun eintreten zu lassen.

Die Devisen fällt weiter, und zwar in verschärftem Maße. Gestern wurde der Dollar an der Berliner Börse mit 74,42 (gegen 72,04 M. am Freitag) bezahlt, 100 holl. Gulden stiegen von 2370,10 auf 2467,50 M., auch die übrigen Kurse erhöhten sich entsprechend. Verschiedene Mitteilungen lassen darauf schließen, daß die Devisen-handel wieder einsetzt. Die Industrie verzieht sich mit fremden Zahlungsmitteln, um sich Rohstoffeinkäufe zu sichern, das Kapital flüchtet vor den Geldsteuern in Auslandspapieren und fremde Geld-sorten wie in diejenigen deutschen Wertpapiere, die Geldwerte vor-stellen, so alle Dividendenpapiere. Der Vorgang ist eine erneute Rohnung an das Reich, sich heimlehnig durch Vermögensbeteiligung seinen Anteil am Goldvorrat des deutschen Volkes zu sichern, wenn es nicht bei den Wiederumtauschzahlungen allein auf die Besteuerung der breiten, jetzt schon notleidenden Masse angewiesen sein will.

Gegen Luxusimport und Auswüchse des Straßenhandels wen-den sich Entschlüssen des wirtschaftspolitischen Ausschusses des vord. Reichswirtschaftsrates. Weiter erlaubt dieser den Reichswirt-schaftsminister, Vorschläge zu unterbreiten, nach denen die Maß-nahmen der Außenhandelskontrolle den Bedürfnissen der Ausfuhr nach Uebersee, wie sie sich aus der Wirtschaftslage er-geben, angepaßt werden.

Jugendveranstaltungen.

Berlin Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, Sekretariat: NW. 40, In den Zelten 23.

Dienstag, den 28. Juni:

Kleberarbeiten: Blankenburger Str. 60/70, Diskussion: „Eine Reichs-tage-sitzung“. — Reinholdsdorf-West: Schornackerstr. 111, Mitgliederversammlung.

Arbeiter-sport.

Das Verbands-Schwimmfest der freien Schwimmer Volksbünd-land bei Hradelheim Sonntag, am letzten Sonntag in der Türlin-Ladeanstalt in Potsdam statt. Mit dem Erfolg kann man zufrieden sein, wenn auch der Besuch hätte größer sein können. Das Programm ging glatt vonstatten und letzte Zeugnis von dem hohen Können der Arbeiter-Schwimmer ab. Nachfolgend die Ergebnisse:

Eröffnungslauf (4x2000 m): 1. Fr. Schw. Reut. 2.07 1/2, 2. Schwimm-Kluge Kommer 2.33 1/2, — Jemenjungenbrunnschwimmer (4 Bahnen): 1. Al. Gey, Charl. 1.29, 2. Al. Kamenberg, Haldenlagen 1.33 1/2, — Rännerelchwimmer (4 Bahnen): 1. S. Kamenberg, Haldenlagen 1.00 1/2, 2. G. Wontag, freie Schw. Reut. 1.10 1/2, — Dampfschwimmer (10 Bahnen): 1. Freier, fr. Schw. Reut. 3.00 1/2, (außer Konkurrenz), 2. Götze, fr. Schw. Reut. 3.15 1/2, 3. Klein, fr. Schw. Reut. 3.22 1/2, — Dampfschwimmer (4x2000 m): 1. freie Schw. Charl. 2.59, 2. freie Schw., Haldenlagen 3.10 1/2, — Dampfschwimmer (2 Bahnen): 1. Krenshausen, Kommer, 4.04 1/2, 2. Kommer, Haldenlagen, 4.06 1/2, 3. — Männerlagerschwimmer (4x2000 m): 1. fr. Schw. Reut. 2.13, 2. fr. Schw. Haldenlagen 2.16, — Wasserballspiel 1:0 für rot (2 komb. Mannschaften).

Städtetag und Gemeindeverfassung.

Der 5. Städtetag in Stuttgart nahm am zweiten Verhand-lungstag die Neuwahlen des Vorstandes vor. Es wurden u. a. ge-wählt: Böß, Berlin, Schmid, München und Scheidemann, Cassel. Darauf wird der zweite Tagesordnungspunkt, Das Ge-meindeverfassungsrecht, als letzter Gegenstand behan-delt. Erster Berichterstatter Oberbürgermeister Kollner-Rüstringen: Die Gemeindeverfassung bedürfe gründlicher Reformen. Eine Reform der Gemeindeverfassung müsse aber Grenzen im all-gemeinen Staatswohl finden. Einzig erwünschte Reform müsse Zentralisation und Schlagfertigkeit der Gemeinden sein. Die Bürgerrechtsverfassung, die anzustreben sei, lege ein Ver-trustsamtentum voraus. Die Bürgerrechte müsse Träger der öffentlichen Gewalt in der Gemeinde sein. Grundmäßig abzulehnen sei der Gedanke, innerhalb eines Staates verschiedene Systeme zu-zulassen. Ein einziges, als richtig erkanntes System nur dürfe durchgeführt werden. Scharfe Trennung der Selbstverwaltungs-angelegenheiten und der Aufträge der Gemeinden sei durchzufüh-ren. Polizeifragen und Schulwesen machten hier die größten Schwierigkeiten. Entscheidend aber sei immer das Wohl der Gesamtheit, des Staates, Staatsaufsicht der Selbstverwaltungs- sei in Ordnung.

Reichseinheitsläufe

in der Gemeindeverfassung, daß sei Ziel der Reformbestrebungen. Wie aus der Städteordnung des Jahres v. Stein vor 100 Jahren ein neuer, guter Geist quillte, so müsse auch aus dem neuen Reformwerk ein neuer Geist der Eintracht entstehen. (Lebh. Beif.) Zweiter Bericht-erstattet Reichsrat Dr. Kopp, Stuttgart: Freiheit im Handeln der Gemeinden sei ein unerlässliches Gebot. Kein Staat könne gefunden, dessen Gemeinden nicht die Kulturwerke und sozialen Aufgaben durchzuführen vermöchten. Im Süden wie im Norden des Reichs sei die Ausgestaltung der Tätigkeiten der Gemeinden dringend nötig, um alle lebendigen Kräfte im Volk in eine Bahn zum Wohle der Gesamtheit zu lenken. Die politische Umwälzung in den geschicht-lichen Roombertagen von 1918 habe den Gemeinden nicht die Bewegungsfreiheit gebracht. Staatsaufsicht über die Ge-meinden dürfe nur nach Maßgabe der Befehle, nicht aber nach freiem Ermessen der Aufsichtsbehörden durchgeführt werden. Gegen Ueber-ariffe müsse den Gemeinden ein Verwaltungsgerichtlicher Schutz gewährleistet sein. (Lebh. Beif.)

Dritter Berichterstatter Dr. Körnik, Düsseldorf: Kommunal-politik ist keine Allgemeinpolitik. In der Kommunalpolitik handle es sich einzig und allein um Förderung des Wohles der einzelnen Stadt, der gesamten Bürgerschaft. Daher habe in den Gemeinden der nichtpolitische Leiter in viel höherem Maße das allgemeine Vertrauen. Jetzt spiele für die rheinischen Gemeinden die Befähigung der Westmächte eine besondere Rolle. Das Vorbild der ersten Bürger sei dort in hohem Maße ausschlaggebend für die Duldung der Leiden, das Aushalten, die Hoffnung für die Zukunft. Im Rheinland könnten für die nächsten Jahre Experimente die aller-schlimmsten Wirkungen haben. Die rheinischen Bürgermeister hätten heute den schwersten Stand in Deutschland. Sie würden ihn inne-behalten und auf Vorpösten am Rhein Wache stehen, damit das Reich im Norden und Süden, im Osten und Westen durch gemeinsame Arbeit wieder aufkomme. (Lebh. Beif.)

Die Aussprache Schmid, München: Zweckverbände zur Ver-einfachung der Verwaltung, zur Zusammenlegung und gemeinsamer Arbeit seien anzustreben. Dr. Langer, Frankfurt a. M.: Ma-gistratsverfassung oder Bürgermeisterverfassung? Die Frage, in Frankfurt a. M. habe sich die Magi-stratsverfassung ebenso bewährt wie in anderen Städten die Bürger-meisterverfassung. Dörr, Berlin (Komm.): Gemeindepolizei, keine Staatspolizei, müsse verlangt werden. Bei Einleitung der Befähigung der Arbeiter bewaffnet werden. (Hellerkeit und Schlußruf.) Leinert, Hannover: Das Gemeindeverfassungsrecht müsse aus dem neuen Wahlrecht entstehen. Es gibt Gemeindepolizei, die nur die besonderen Gemeindefragen sehen. Entscheidend aber für die Verwaltungen der Gemeinden müsse sein und bleiben das Allgemeinwohl. Die verstärkte Aufsicht der Gemeinden müsse zurückgedrängt werden. Er sei persönlich gegen die Magi-stratsverfassung und gegen das Bestätigungsrecht der den Gemeinden überstellten Instanzen. Magistrats- oder Bürgermeister-verfassung sei Zweckmäßigkeitsfrage. Nicht die Befähigung im Rheinland, sondern der Volkswille in Deutschland müsse maß-gebend auch im Rheinland sein. Das Bestätigungsrecht müsse fallen; heute treffe es Kommunen, morgen könne es andere Parteien treffen. Kirchner, Frankfurt a. M.: Durch die Magistratsverfassung wird jede kommunale Tätigkeit erschwert. Der Bürgerrecht müsse ein größerer Einfluß eingeräumt werden.

Nach kurzem Schlußwort von Kollner-Rüstringen wird ein Antrag Leinert und Genossen, wonach bei Ausübung des Be-stätigungsrechts, solange es in einzelnen Staaten besteht, partei-politische Gesichtspunkte ausgeschlossen sein sollen, einstimmig ange-nommen. Ferner wird mit großer Mehrheit folgende

Entschlüsse

gefaßt: Der Deutsche Städtetag fordert von der Landes- und Reichs-gesetzgebung vollkommene Selbstverwaltung der Ge-meinden, Befreiung von überflüssiger Staatsaufsicht und Befreiung des die Verwaltung verzögernden und verteuern Instanzenzuges. Der Deutsche Städtetag beauftragt den Vorstand, unverzüglich einen Studienausschuss zur Prüfung des Gemeindeverfassungsrechts ein-zusetzen.

Die Tagesordnung des Städtetages ist damit erschöpft. Oberbürgermeister Böß als Vorsitzender sagt in seinem Schluß-wort, die Verhandlungen des Städtetages hätten dazu beigetragen, Freiheit und Unabhängigkeit der Städte zu sichern. Im In- und Auslande werde er seinen Eindruck nicht verhehlen. Die Städte sollen weiter die Grundpfeiler des Deutschen Reiches bilden, damit das Volk lebe, sollen die Gemeinden leben. (Lebhafte Beifall.) Der Städtetag ist geschlossen.

Aus der Partei.

Danzig für die II. Internationale.

Der Parteivorstand hat folgendes Telegramm erhalten: Danzig, 26. Juni. (Wg. Drahtb. d. „S.“) Der Danziger Parteitag der Sozialdemokratischen Partei hat sich heute zu den Grund-sätzen des 10. Kongresses der II. Internationale bekannt und seinen Anschluß an sie beschlossen. Wir vermitteln unterer deutschen Stammesorganisation diese Nachricht mit unseren herzlichsten Grüßen und in der Hoffnung auf gemeinsame gedeihliche Zu-sammenarbeit mit unseren reichsdeutschen Genossen in der II. Inter-nationale im Dienste des Sozialismus. G. S. L.

Arbeiterpresse in USA.

Die postallischen Beschränkungen, die über zwei der wichtigsten sozialistischen Tageszeitungen der Vereinigten Staaten, der „Call“ in New York und den „Milwaukee Leader“, verhängt worden waren, sind nunmehr aufgehoben worden. Ende 1917 war diesen Blättern die Vergünstigung der sogenannten „zweitklassigen Post-rechte“ entzogen worden mit der Begründung, daß sie durch gewisse Artikel das Spionagegesetz verletzten, auf welches sich übrigens auch das Vorgehen gegen Debs, Viktor Berger und viele andere Sozialisten gestützt hatte. Die genannten Zeitungen blieben nur als drittklassige Poststücke zugelassen, wodurch die Postkosten sich so hoch stellten, daß sie mehr als einem der sozialistischen Blätter, denen gleichfalls die Vergünstigung entzogen worden war, das Weiterexistieren überhaupt unmöglich gemacht haben.

Aus aller Welt.

Mit der großen Fallschirmzerrstörung, bei der es sich um die Herstellung von polnischen Leinwandstoffen in Höhe von achtzehn Millionen handelt, beschäftigte sich, wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Breslau gemeldet wird, in dreitägiger Verhandlung das dortige Schwurgericht. Es handelt sich um zwölf Angeklagte aus Breslau, Frankfurt a. M. und Berlin, darunter sechs Polen, die beschuldigt waren, die Rollen in Breslau gedruckt und in Deutschland und Polen vertrieben zu haben. Rühm der Hauptbeschuldigten werden noch festzustellen gesucht. Die Verhandlung ergab, daß die Mehrzahl der deutschen Angeklagten, von den Polen zur Beihilfe verführt, aus Not dazu gekommen ist. Einige haben nach ihrer Angabe auch geglaubt, Polen, das uns schänke, schädigen zu dürfen. Ihr Vorteil bestand zumeist in einer Vergütung von je 8000 M. Der Staatsanwalt beantragte unter Zuhilfenahme mildernder Umstände Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Jahren. Verurteilt wurden ein Angeklagter zu 1 1/2 Jahren, sechs zu zwei Jahren Gefängnis und die Regisseure des Ganzen, die Polen Wisla und Tasma zu je 2 1/2 Jahren Gefängnis. Die drei Angeklagten aus Frankfurt a. M. wurden freigesprochen.

Lederhummel. Für eine Million Mark Leder, das nichts in zwei Lastautos über die holländische Grenze eingeschmuggelt war, wurde von einem Hilfsgendarmen beschlagnahmt, Wagen und Autoführer der Kölner Polizei zugeführt.

Der Schnellzug Elie-Paris, der um 1 Uhr 40 Minuten nachmittags von Lille abfährt, ist in der Nähe von Beaumont-Camel entgleist. Bisher sind 28 Tote und etwa 80 Verwundete aus den Trümmern gezogen. Leder das Eisenbahnunglück werden folgende Einzelheiten gemeldet: Um 3 Uhr, als der Zug mit einer Geschwindigkeit von 100 Kilometern den Bahnhof passierte, bemerkte der Lokomotivführer, daß er die letzten Wagen verloren hatte. Diese waren mit Reisenden dritter Klasse überfüllt. Die Wagen liefen erst ein Stück neben dem Gleis und fielen dann vom Eisenbahndamm, wobei sie vollständig zusammengedrückt wurden. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß das Unglück auf den schlechten Zustand der Eisenbahn zurückzuführen ist und daß die Gleise sich durch die Wärme der letzten Tage ausgedehnt hatten.

Der französische Kapitän Anselm Marchal ist gestorben. Er gelang ihm, am 20. Juni 1918 mit seinem Zweibecker von Nancy nach Berlin zu fliegen und dort 5000 Flugblätter abzuwerfen, von denen man kaum etwas gemerkt hat. Bei seinem

Weiterflug kam Marchal bis tief nach Polen hinein, wo er gefangen genommen wurde. Im Jahre 1918 gelang es ihm, aus der deutschen Gefangenschaft zu entfliehen.

Eisberge im Atlantik. Ein aus Amerika in Bremen angekommenes Schiff berichtet, das ungeheure Eisberge im westlichen Teil des Atlantischen Meeres treiben. Besonders im Fahrwasser südwestlich von Neufundland befinden sich riesengroße Eisberge. Außerdem sind ungefähr 50 Seemeilen südlich der Europaroute Eisberge beobachtet worden.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das Teppichgeschäfthaus Emil Lefèvre, Berlin, Dorotheenstr. 138, verankert bis 3. Juli einen Salomonverkauf, in welchem alle Artikel, wie Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe usw., im Preis bedeutend herabgesetzt sind.

Das Wetter.

In Süddeutschland bis Mittwoch: Ein wenig kühler. Vielfach heiter. Nebe veränderlich. Strichweise leichter Gewitterregen bei frischen nordwestlichen Winden.



Zuban Zigaretten

nur aus reinen edlen Orienttabaken



Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus
Turandot / Arlecchino
7 Uhr

Schauspielhaus
Das Glück im Winkel
7 Uhr

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Potasch u. Perlmutter
11 1/2 Uhr: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Zwei glückliche Tage
11 1/2 Uhr: Zwei glückliche Tage

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
7 1/2 Uhr: Die Weber (18. Abt., 5. Abt.)
11 1/2 Uhr: Die Weber (Aber Abonnement)

Theater 1. d.
Königgrätzer Str.
Dienst, Mittw., Donnerst. 7.30
Wir dem Feuer spielen
9 Uhr: Satans Waife
Charlotte Schulz
Johannes Hiemann
Paul Bildt

Berliner Theater
Allabendlich 7.30 Uhr:
DAS MILLIARDEN SOUPER
Ralph Arthur Roberts, Elise Müller, Uschi Elbert, Herbert Kiper, Paul Rehkopf

Komödienhaus
7.30: Der blonde Engel

Central-Theater
8 Uhr: **Jlonka**

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Freischütz**
Friedr. Wilhelmst. Th.
7 1/2 Uhr: Die Kleine aus der Hölle
11 1/2 Uhr: Kl. Schauspielhaus

7 1/2 Uhr: Reigen

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Olga Limburg in Nur ein Traum Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Arnold Beck in Die spanische Fliege
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: **Die blaue Mazur**
Neues Operettentheater
7 1/2 Uhr: **American-Girl**
Neues Volkstheater
7 Uhr: **Die Lokalbahn**
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Max Adalbert in 1919 (Ab d. d. 1.)
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 Uhr: Raub der Sabinerinnen
Schloßpark-Theat.
7 1/2 Uhr: Raub der Sabinerinnen
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: **Mascottchen**
Th. am Nollendorfsplatz
7 1/2 Uhr: Der Vetter aus Dingsda
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Morgen wieder lustig!
11 1/2 Uhr: Mäna von Barnheim
Th. d. Kommandantenstr.
7 1/2 Uhr: **Die goldene Freiheit**
Trianon-Theater
7 1/2 Uhr: Carola Tölle, Herm. Valtent
11 1/2 Uhr: Lady Windermeres Fächer
Walther-Theater
7 1/2 Uhr: **Der Kuhreigen**
Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr: **Scheidungsreise**

Volkshöhe
Theater am Bülowplatz.
7 1/2 Uhr: **Wallensteins Tod**

Lossing-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Konstantia, Op.)
Deutsches Künstler-Theater
7 1/2 Uhr: **Geständnis**
Ralph, Korll, Otto

Rose-Theater
Wo die Schwalben nisten

Gutschein 1/2 Eintrittskarten

Ausschneiden! 7 1/2 Uhr zur 7 1/2 Uhr Ausschneiden!

Scheidungsreise

jetzt im

Walhalla-Theater

Weißenbergsweg (Rosenthal-Tor), Untergrundbahn Schönhauser Tor

Parkett statt 5.50 3.00 Mk.
Parkett-Sessel statt 11.00 6.00 Mk.
Orchest.-Sess. statt 16.00 10.00 Mk.
Park.-Loge statt 12.50 9.00 Mk.

Wer wird denn weinen wenn man auseinander geht

Gastspiel von Mitgliedern des Deutschen Künstler-Theaters
Fritz Spira usw.

Mittwoch, den 29. Juni, um 300. Male

Gutscheine gültig bis 15. Juli täglich ab 6 Uhr an der Kasse. — Sonntags 2 Mark Aufschlag.

LUNAPARK

Heute: **VOLKSTAG**
Sintritt 2 M.
Kinder 1 Mark

Doppel-Konzert
Höhen- und Wasser-
Feuerwerk

Weinterrasse. 4 Uhr: **Tanztee**

Wer den **Kapitän-Kautabak** einmal versucht hat, wird wegen seines eigenartig feinen Geschmacks stets ein treuer Kunde bleiben. Man verlange überall echten Kapitän-Kautabak in den Geschäften Carl Röcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22. (Kst. 3061.)

„Krankheiten“ innere u. äußere, werden erfolgreich behandelt in unserem künstl. Höhen- u. Wasser-Feuerwerk-Institut „Rezip“, Adolfsstr. 12a, am Krematorium. Sprechz.: tägl. 9-1, Sonntags 10-1. Fernspr. Moab. 6482. Auskunft kostenlos. Kul. Zahl.-Bed. Fahrverbind.: Stadt, Wedding, Auto-Omnibuslinie 4 bis Nollendorfspl., Stadt, Straßens. 13, weitere Straßenbahnlin. 1, 4, 6, 21, 23, 24, 25, 28, 29, 31, 32, 34, 42, 43, 48, 91, 105

Eiserne Hochherde

Transportable Kochherde - Eiserne Öfen

Zetlin

Berlin C. Alexanderstr. 23

Konkurrenzlose Preise!

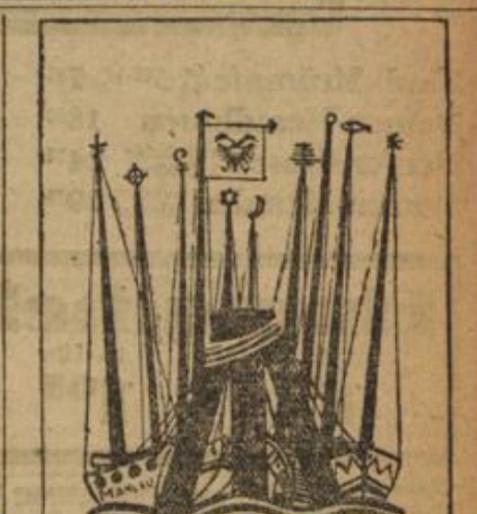
Prima Gummi 28 x 1 1/2, von 48.— M. bis 125.— M.
Garantireifen von 70.— M. an
Gebirgsreifen, prima 80.— M. (1 Jahr Garantie)
Fahrradschläuche, in Gummi . . . 16.50 M. bis 20.— M.

Antoreifen- und Fahrrad-Haus „**Nord-Ost**“ Berlin, Eisassor Str. 89 am Rosenthaler Tor

Metallankantsstelle

Osten, Gröner Weg 80
zahl. Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Parzellen
günstige Lage, verkauft billig
Güterreihen, Reiner, Bahnhof Strausberg, Constanthofstr. 7.



NORDISCHE WOCHE

LÜBECK

1.-11. SEPT. 1921

Geschäftsstelle: Lübeck Rathaus

Berliner Prater

Kastanien-Allee 7-9
Täglich 7 1/2 Uhr
„Varieté“
Wenn Engel strecken!
Operette in 3 Akten

Reichshall-Theater

Stettiner Sänger
Anfang 7 1/2 Uhr
Dönhoff-Brett!
Varieté u. Saal u. Garten

Admirals-Palast

7 1/2 Uhr: **Abrahadabra**

Th. a. Kottbuser Tor
Tel. Moritzpl. 10071
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger
10 Herren!
Witz! Komik!
Urkom. Typen!
Größt. Lacherfolg
Vorh. 11-12, 4-6 U.

Schan-Burg

Königgrätzer Straße 121
Täglich 8 1/2 Uhr:
Herrnfeld-Gastsp.
Kriegsgewinnler
Ab 7 Uhr:
Filmprogramm

Jagdgewehre,

Automatische Pistolen
usw., Anfaß, Versch., Umtausch
Gewebe-Fabrik
Gustav Rätzel, Berlin
Markgrafstr. 50.

Vor Steuererhöhung

müssen Sie sich einkaufen in la
Rundabak, reine Silbermisch.,
ohne Wapp. gar. rein. 19. 19. 20.
in 8-10. Rodm. Rodm. Porto u.
Bren. etc. etc. Diese lob. An-
erl. haben Aufsteigend. Stellen
Sie sofort bei der Zauberei
K. Schworm, Kaiserstr. 10.

Buchhandlung Vorwärts

G. m. b. H.
Berl. SW. 68, Lidenstraße 3

Franz Mehring:

Deutsche Geschichte vom
Anfang des Mittelalters
Ein Leitfaden für
Lehrende u. Lernende
Preis geb. Mk. 14.40

Demnächst erscheint!

G. SINOWJEW

Der Aufbau der Volkswirtschaft und die Sowjetmacht

(Rede auf einer allgemeinen Konferenz der Betriebsvertreter / Petrograd, April 1921)

INHALT: Der imperialistische Krieg und seine Erbschaft / Die internationale Lage der Republik / Das Anwachsen der Weltrevolution / Die Intrigen der Menschewisten / Kronstadt / Unsere Lebensmittellage / Naturalabgaben / Dekrete über die Verbesserung der Arbeiterlage / Die politische Arbeit und die Parteilosen Schlußwort: Zwei Abwege der Arbeiterbewegung / Die Verbrechen des Menschewismus / Ueberall sind die Arbeiter für die Sowjets / Unter der Maske der Parteilosen / An der Schwelle des Aufbaus / Nochmals Kronstadt / Der neue Weg

Zu beziehen durch: 35615*
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11 • Franks Verlag G. m. Leipzig

Preis M. 2.—

Alles in den Schatten stellend

Einmaliges Angebot! Nur 8 Tage!
Herren-Anzüge, teils auf Selde, Wert
bis 800 M., jetzt 300, 350, 400 M.
Fagner: Kreuzfische, Seidmantel usw.
80% abgesetzt — Keine Lombarde.

Leibhaus Brunnenstraße 5

Achtung!

Saison-Ausverkauf

von Montag, d. 27. Juni bis 5. Juli

Sensationeller Preisabbau

in
Teppichen Gardinen
Möbelstoffen Tisch- und
Diwandecken Steppdecken

Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin-Süd. Seit 1862
nur
Oranienstr. 158
Keine Filialen!!



Behrenstraße 54
Präz. 7 1/2 Uhr: Internat.
Damen-Boxkämpfe
und der unübertreffliche
Juni-Spielplan

B.T.D.

Potsdamer Str. 38
Die Fremde aus der Elstergasse

Turnstr. 12
Das Mädchen, das wartete mit: Carola Toelle
Alexanderpl.-Pass.
Scherben

Priedemann, Rheinstr. 14
Das Experiment des Prof. Mithranj

Saison Ausverkauf

Große Preisherabsetzungen in fast allen Abteilungen und andere aussergewöhnliche Gelegenheitskäufe

Springformen 2⁹⁵ 3⁹⁵
 Messer und Gabel Paar.... 4⁸⁵
 Spiritusplatte für die Reise.. 27⁵⁰
 Spirituskocher mit Weissblech-
 bassin..... 3⁷⁵

Blumenbrett 10⁹⁵
 Wannen emailliert 19⁷⁵
 Schüsseln weiss, emailliert.. 7⁹⁵ 9⁷⁵
 Milchkannen emailliert. 6⁹⁵ 8⁹⁵

Kaffeetasse mit Unterlasse,
 Goldrand 5⁷⁵
 Zuckerdosen mit Deckel,
 Goldrand 2⁹⁵
 Milchtöpfe mit Schrift, 1/2 Liter .. 4⁹⁵
 Kaffeebecher Porzellan,
 mit Kinderbild 95 Pz

Obertassen grosse Form 50 Pz
 Satz-Näpfe 4tellig..... 7⁹⁵
 Salatschalen schönes Pressmuster 7⁹⁵
 Essig- od. Ölfaschen 95 Pz

10000 Mtr. Cheviot Reine Wolle, vorzügl. Qualität
 marine oder schwarz ca. 105 cm br. Meter **39⁵⁰**
 marine oder schwarz ca. 130 cm br. Meter **46⁵⁰**

Kind.-Strümpfe Gr. 5⁹⁵ Gr. 7⁹⁵
 3-6 7-10
 Damen-Hemdosen 18⁵⁰
 Herren-Hosen makofarbig
 3 Größen .. 24⁷⁵
 Herren-Hemden makofarb.
 3 Größen 29⁷⁵

Klöppelspitze baumwollene
 ca. 4 cm Mtr. 95 Pz
 Klöppeleinsatz baumwollener
 ca. 5 cm Mtr. 1⁷⁵
 Klöppelspitze baumwollene
 ca. 10 cm. Mtr. 2²⁵
 Wäsche-Languefte 10 m
 Stück 2⁹⁵

Frottier-Handtuch 13⁵⁰
 Bade-Laken für Kinder..... 26⁵⁰
 Bade-Laken für Erwachsene. 49⁷⁵
 Bade-Mantel aus gutem
 Kräuselstoff ... 89⁵⁰

Sockenhalter aus gutem
 Gummiband 3⁹⁵
 Regattes mit Band, neueste Muster 5⁹⁵
 Selbstbinder sehr große
 Auswahl 8⁷⁵
 Oberhemd mit passendem
 Kragen 68⁵⁰

Einnmachehafen
 ca. 1 Liter **1²⁵**
 1 1/2 Liter **1⁶⁵**
 2 Liter **2¹⁰**

JANDORF
 Belle-Alliance-Str. Grohe Frankfurter Str. Brunnenstr. Kolbuser Damm Wilmersdorfer Str.

Deutscher Metallarbeiterverb.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Rechtf.
 richt, daß unser Kollege,
 der Dreher
Franz Rehfeldt
 Spanbau, Gartenstr. 9,
 am 22. Juni gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 25. Juni,
 nachmittags 2 Uhr, am der
 Friedhofe des hiesigen
 Friedhofes in Spanbau aus-
 statt. 92/18
 Hage Beteiligung wird
 erwartet.

Innungskrankenkasse der
 Vereinigt. Lackierer-Innung
 zu Berlin.
Bekanntmachung.
 Die fünfte Versammlung der
 Kasse betreffs d. 48. H. vom
 Oberverwaltungsamt genehmigt
 und trat am Sonntag, den
 20. Juni 1921, in Kraft. 21/7
Der Vorstand
 J. H. Otto Koch, Vorsitzender.

Deutscher Metallarbeiterverband
 Verwaltungsstelle Berlin X N. 54, Linienstr. 83-85
 Geschäftst. von 9 uhr bis nachm. 4 Uhr
 Telefon: Amt Berlin 155, 1239, 1987, 9714

Achtung! Betriebsräte Achtung!
der Hauptgruppe I der Metallindustrie!
 Heute, Dienstag, den 28. Juni, abends 7 Uhr, in der
 Schulaula, Kopenplatz 12:
Versammlung
 aller Betriebsräte der Hauptgruppe I
 (Gießbetriebe, Walzwerke und Eisenlegereien)
 Tagesordnung: Gruppenangelegenheiten.
 Mitgliedsbuch und Betriebsratskarte legitimiert.

Achtung! Betriebsräte Achtung!
der Hauptgruppe IV der Metallindustrie!
 Heute, Dienstag, den 28. Juni, abends 7 Uhr, in der
 Schulaula, Kopenplatz 12:
Versammlung
 sämtlicher Betriebsräte der Untergruppen
 8 bis 13
 (Metalllegereien, Befestigungsgegenstände, Gravuren, Schra-
 ben, Metallmühl-, Maschinen- und Drehtischmaschinen, Gold-
 und Silberwarenindustrie, Emaillewerke, Eisenkonstruktion-
 und Metallhandwerk, Bauhilfsbetriebe)
 Mitgliedsbuch und Betriebsratskarte legitimiert.

Brillanten, Juwelen
kauf auch ganze Nachlässe
 besonders große Posten
 gute Ware, zum höchsten Kurs
 Amsterdamer Diamantenschleifer
 Gegr. 1892. 160 Friedrichstr. 160

H. & P. Uder, SO. 16, Engelufer 5
 Zigaretten, Kau-, Rauch- u. Schnupftabake
 O.A. Hanewacker • Goldfarb • Landfried • Eicken • Raulino
 Oidenkont • Geöffnet 8-2 u. 3-5 Uhr. Moritzpl. 3014, 1372

Preuß. Staats-Lotterie
 Prämien: Hauptgew. 1
2 x 750 000 4 x 500 000
2 x 250 000 4 x 300 000
 Ziehung 1. Klasse 12. u. 13. Juli 1921
 Lospreise 1/2 10 20 40 80 Mark
 Postgebühr 60 Pf., amtliche Liste 1.-5. Klasse 5 Mark.
Hahn Staatl. Lotterie-Berlin S. 14 Prinzenstr. 79
 Einnehmer a. Moritzplatz
 Postcheck Berlin 31131

Am Samstag, d. 25. ver-
 starb nach kurzem Kranken-
 lager mein lieber Mann,
 unser guter Vater, Bruder,
 Schwager u. Schwagerjohn
August Kern
 im 83. Lebensjahre.
 Dies zeigt tiefbetriibt an
 im Namen aller Hinter-
 bliebenen
 Anna Kern geb. Friedert.
 Die Einäscherung findet
 Mittwoch 3 Uhr im Kremato-
 rium am Gieselerstr. statt.
 Kranzspenden dankend
 erbeten. 30/92

Passiva
 Mittelstellung für die
 Anstellung Tempelhof ... 18371,62
 Charlottenburg ... 147529,30
 Roch u. johlende
 Schuldenver-
 schreibungen ... 5798,-
 Häuserbetriebs-
 kosten ... 742,90
 Kapitalertragsteuer
 Rückstellungen ... 27179,79
 Gen. Baugen. ... 5090,-
 Gartenbesitz
 Grotz-Berlin ... 130978,57
 Feste Darlehen ... 37916,80
 Einzahlungen ... 10062406,98
 Schuldenver-
 schreibungen ... 356000,-
 Sparanlagen der
 Genossen ... 7547424,92
 Gehaltsrücklagen 1063376,50
 Einzahlungen ... 60289,49
 Feste Vermögen
 Schenkung ... 100000,-
 Reservefonds ... 74485,78
 Ca. 1970046,-

Achtung! Betriebsräte Achtung!
der Hauptgruppe VII der Metallindustrie!
 Heute, Dienstag, den 28. Juni, abends 7 Uhr, im
 Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstr. 83-85:
Versammlung
 aller Betriebsräte der Hauptgruppe VII
 (Huf- und Wagenschmiede, Rohrleger- und Gasmes-
 serbetriebe, Almpnerzien)
 Tagesordnung: 1. Die Lage des Bauwesens. 2. Gruppen-
 angelegenheiten.
 Mitgliedsbuch und Betriebsratskarte legitimiert.

**Donnerstag, den 30. Juni, abends 8 Uhr, in der Aula
 der Gemeindeschule Marziesstr. 7, Hof I, Eing. 3:
 Branchen-Versammlung**
 der Schraubendreher, Automaten-einrichter
 sowie aller in Schraubendrehbetrieben Beschäftigten
 Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen
 vor dem Hauptausch. 2. Diskussion. 3. Bericht.
 Mitgliedsbuch legitimiert. Mitglieder, welche länger wie sechs
 Wochen mit ihren Beiträgen zurückgefallen sind, werden
 die Kollegen der K.G.S.-Ordnungsbeh. Bergmann-Rohlfeld,
 Knorrstr. 11, Gröber & Köhmann sind besonders eingeladen.
 Die Ortsverwaltung.

Verkäufe
 Stanzenerzeugnisse! Kreis-
 schneide 85, Koffmühle 75 Bz.
 an, Kleinstschleife, Jabelschleife
 sowie alle anderen, Belgierin,
 Belgierin, alles zu be-
 deutend herabgesetzten, spottbil-
 ligen Sommerpreisen. Keine
 Kommoden! Velhhaus
 Waisenhausstr. 7. 172R

Kaufgesuche
 Koffein, Wachstuche, Ein-
 leum, Danziger, verkauft
 Saldat, Kolonnenstr. 9, 152R

KLEINE ANZEIGEN
Jedes Wort 1 M. Das fettgedruckte
 (ausgeschlossen) zwei fettgedruckte Worte. Stellengesuche
 und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fett-
 gedruckt) 1 M., jedes weitere Wort 60 Pf. Worte
 mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte

Anzeigen die für die nächste Nummer
 bestimmt sind, müssen bis um
 5 Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des
 Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstrasse Nr. 3,
 abgegeben werden. Dieselbe ist von morgens
 9 Uhr bis abends 5 Uhr ununterbrochen geöffnet

Spezial-Arzt
 Dr. Scotti, Rosenthalerstr. 69-70
 für alle Geschlechts-, Haut-,
 Harn-, Frauenleide, Syphilis,
 Salvarsan-Kuren, Blausäure,
 Damen separat. 10-1. 5-7.

Der Vorstand.
 S. Schmidt. Ernst Köhler.
 Ver nach 33139

Alle Metalle Preiserhöhung!
 Zinn! Lötzin! Weismetall!
 Blei! Drinz. i. Spezial-
 gebrauch! Kupfer, Rotguld,
 Messing, Nickel, Aluminium,
 Zink, Stanniolpapier, Glüh-
 strumpfsche bis 160 M. - Bz.
 kauft zu Tageskursen
 Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstr. 81.

Verkaufe
 Stanzenerzeugnisse! Kreis-
 schneide 85, Koffmühle 75 Bz.
 an, Kleinstschleife, Jabelschleife
 sowie alle anderen, Belgierin,
 Belgierin, alles zu be-
 deutend herabgesetzten, spottbil-
 ligen Sommerpreisen. Keine
 Kommoden! Velhhaus
 Waisenhausstr. 7. 172R

Verkaufe
 Stanzenerzeugnisse! Kreis-
 schneide 85, Koffmühle 75 Bz.
 an, Kleinstschleife, Jabelschleife
 sowie alle anderen, Belgierin,
 Belgierin, alles zu be-
 deutend herabgesetzten, spottbil-
 ligen Sommerpreisen. Keine
 Kommoden! Velhhaus
 Waisenhausstr. 7. 172R

Arbeiter-Anzüge
 für Männer u. auch für Frauen,
 Nahtlos, ungestrichelt.
 M. 60. 3519
Gebirgsführer-Anzüge
 durchgearbeitet
 das Paar 34 M.,
 solange der Vorrat reicht.
 Inex-Dessau V.

Gold
 Platin per Gramm 130.- M.
 Silber per Gramm von 0,85 M. aufwärts
 Brillanten, Broschen, Ringe, Uhren, Ketten, alte
 Münzen und alte Zahngebisse.
 Schlage jeden Rekord.
**C. Maulhardt & Co., Schwedter Str. 12
 und Kochstr. 19 im Laden.**

Gold
 Platin per Gramm 130.- M.
 Silber per Gramm von 0,85 M. aufwärts
 Brillanten, Broschen, Ringe, Uhren, Ketten, alte
 Münzen und alte Zahngebisse.
 Schlage jeden Rekord.
**C. Maulhardt & Co., Schwedter Str. 12
 und Kochstr. 19 im Laden.**

Musikinstrumente
 Piano, großes oder neu
 und anderer Instrumente.
 Scherer, Chausseestrasse 105.

Fahrräder
 Herrenfahrrad, gute Betei-
 lung, Gläser, Wilhelm-
 Sattel, Größe 21. 728

Geübte Plätterinnen
 für elegante Damenwäsche erhalten
 im Hause sofort Anstellung.
 Meldungen von 9 bis 2 Uhr.
A. Wertheim G. m. b. H.
 Moritzplatz

Eine Stimme Mehrheit für Schwarz-rot-gold.

Der Reichstag verwies am Montag einen Antrag auf Genehmigung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Hüllein (Komm.) an den Geschäftsausschuss, die Strafverfolgung des Abg. Hüllein (Komm.) wird nicht gestattet. Der Antrag zum Haushalt des Reichsministeriums für Wiederaufbau wird ohne Aussprache angenommen. Beim Haushalt für das

Reichsarbeitsministerium

beantragt Abg. Hoch (Soz.), die gestrichene 1 Million Mark zum Zwecke der Schulung der Betriebsratsmitglieder nach dem Wunsche der Gesellschaft für soziale Reform wieder einzusetzen. — Der Antrag wird gegen die Rechte angenommen, ebenso eine Entschliebung, in den nächsten Haushalt zum Zweck der Förderung von Heimstätten und hausgenossenschaftlichen Verbänden 500 000 M. einzusetzen. Zum Haushalt des Reichsverkehrsministeriums wird eine Entschliebung angenommen, die

Seeverbindung mit Ostpreußen

durch Gewährung ausreichender Subventionen im Wege langfristiger Verträge mit den beteiligten Schiffahrtsgesellschaften sicherzustellen, ferner wird um Beschleunigung der Vorarbeiten zu einem Großschiffahrtswege Ruhrgebiet-Bremen-Hamburg und um Vorlegung einer Denkschrift darüber ersucht. Der Haushalt wird angenommen.

Es folgt die Beratung des schleunigen Antrages aller bürgerlichen Parteien, „unter Würdigung des einmütigen von der deutschen Meeres- und Seemannschaft, den Berufsgewerkschaften, den Vertretern des Ueberseehandels und der Auslandsdeutschen dem Reichstage vorzutragenden Wunsches, die Regierung zu ersuchen, die Verordnung über die deutschen Flaggen vom 11. April 1921 insoweit, als sie sich auf die Handelsflagge bezieht, bis auf weiteres außer Kraft zu setzen, weil durch eine Aenderung der alten Handelsflagge der Wiederaufbau der deutschen Seeschiffahrt, die Wiederanbahnung überseeischer Handelsverbindungen und die Gemeinschaft der Auslandsdeutschen mit ihrer alten Heimat gefährdet würden“.

Abg. Gildemeister (D. Sp.): Die Einföhrung der schwarz-rot-goldenen Fahne hat keine Berechtigung. Vor allem die Auslandsdeutschen wollen

Die reine Schwarz-weiß-rote Fahne

erhalten wissen, unter der Deutschland groß geworden ist. Der Wiederaufbau unserer überseeischen Beziehungen wird gefährdet, wenn wir die Fahne ändern. (Widerspruch links.) In Chile haben sich bei einer Abstimmung darüber 95 Proz. der dortigen Auslandsdeutschen für die alte Fahne ausgesprochen. (Hört, hört! rechts.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Die Flaggenfrage ist durch die Verfassung klar entschieden. Wenn der Antrag verlangt, daß die Flaggenverordnung bis auf weiteres ausgesetzt wird, so heißt das doch im Sinne der Antragsteller: für alle Zeiten. (Sehr wahr! links.) Wenn Sie (nach rechts) schwarz-weiß-rot erst als Auslandsflagge haben, so haben Sie eine gute Position erobert für die Beseitigung der republikanischen Inlandsflagge. In Weimar haben wir dem technischen Bedenken wegen der geringeren Sichtbarkeit der schwarz-rot-goldenen Farben auf See Entgegenkommen gezeigt. Diese Verständigung wird jetzt von Ihnen durchbrochen. Wenn auch ein Teil der Antragsteller vielleicht die republikanischen Farben nicht ganz beseitigt wissen will, so müssen Sie sich doch klar sein, daß dies der erste Schritt dazu ist. Die Gesamtheit des deutschen Volkes hat ein lebhaftes Interesse daran, daß die

Flagge der Republik aller Welt gezeigt

wird. (Sehr richtig! links.) Die Argumente gegen die schwarz-rot-goldene Fahne sind einfach lächerlich. Das Vertrauen zu der Güte deutscher Waren stützt sich doch nicht auf die Farben der Fahne. Denken Sie an die Zeit, wo deutsche Waren im Ausland als billig und schlecht galten! Das hat sich durch die Verbesserung der Waren geändert, nicht aus anderen Gründen. Wenn man sagt, die schwarz-weiß-rote Fahne müsse rein bleiben, ohne eine Fahne darin, so erinnere ich an das Eisenerz-Kreuz, welches diejenigen Kapitäne in der schwarz-weiß-rotten Fahne führen dürfen, die Reservoffiziere sind. Sollte das geeignet sein, die Stimmung im Ausland für uns zu verbessern? Die ganze Welt weiß doch, daß unsere Verfassung sich geändert hat und daß mit der Republik auch republikanische Farben das Gegebenen sind. Auch in Frankreich wurde nach jeder Revolution das monarchische Allianzenbanner niedergeburt und die Tricolore aufgezogen. Die Denkwürdigkeit mancher Auslandsdeutschen fordert allerdings die Kritik heraus. In der Eingabe wird ein Brief eines Herrn aus Montevideo abgedruckt, worin es heißt, die Farben Schwarz-rot-gold würden die deutsche Handelsflagge besudeln. In Wirklichkeit wird der deutsche Name nur durch solche schmutzigen Beschimpfungen herabgewürdigt; die Mehrheit der Auslandsdeutschen würde sich dagegen verwahren, mit solchen Leuten identifiziert zu werden. Die meisten Länder, mit denen die Auslandsdeutschen Handel treiben, sind doch Republiken oder wenigstens Demokratien. Die eigentlichen Gründe für diesen Antrag sind ja auch nicht technischer, sondern verdammt politischer Art. Es ist einfach ein monarchistischer Vorstoß gegen die Farben der Republik. Ich bedauere sehr, daß die Antragsteller sich auch auf Leute wie Paul Müller berufen können. Müller war zu seinem Vorgehen von dem Vorstand des zuständigen Verbandes nicht ermächtigt. Die seemannschaftliche Arbeiterbevölkerung hat eben erst einmütig gegen die Abschaffung der republikanischen Farben protestiert. Die Rechte wünscht den

Vollstetigkeit über die Flaggenfrage.

Wir werden diesen Kampf kämpfen — er geht dann um die Parole: Die Republik — die Monarchie! Dann werden wir ja sehen, wo das Volk steht. (Unruhe rechts.) Ich frage das auswärtige Amt, ob es einschreitet gegen Verunglimpfungen der deutschen Republik durch die deutschnationalen Auslandsdeutschen. Die Unwissenheit der Auslandsdeutschen über die schwarz-rot-goldenen Farben ist unglücklich. Da heißt es in der Eingabe, die neue Fahne sei von Sozialisten und Juden zusammengebraut. Demnach wären also die Ahland, Arab, Dahn und viele andere keine guten Deutschen. Es ist doch der wahre Hohn, wenn die Nachfahren derer, die diese Männer gemißachtet und verfolgt haben, sich jetzt als „deutschnational“ bezeichnen. Zu diesen Männern gehörte auch Hoffmann von Fallersleben, dessen schönes Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ dem deutschen Volke jetzt von der Rechten vererbt wird. Die Farben der deutschen Einheit sind auch die Farben der deutschen Republik. Schon am 2. März 1848 wurden sie von der Bundesversammlung offiziell übernommen als die alten Farben des Deutschen Reiches. Der König von Preußen bezeichnete diese Farben als die ehrwürdigen Farben des Deutschen Reiches. (Beifall links, hört, hört!) Auch in Österreich war die schwarz-rot-goldene Fahne immer das Symbol der deutschen Einheitsbewegung. Glauben Sie (nach rechts), die österreichische Arbeiterbevölkerung würde Schwarz-weiß-rot akzeptieren als Zeichen der Einheitsbewegung.

Der Anschluß an Deutschland

kann nur im Sinne der Demokratie erfolgen, niemals im Sinne einer monarchischen Reaktion! (Beifall Zustimmung links.) Die Sozialdemokraten konnten und können die Farben Schwarz-weiß-rot nicht akzeptieren, weil sie das Symbol eines Staates waren, der die Sozialisten unter Ausnahmehandlung stellte und sie als Feinde behandelte, die nicht des Namens als Deutsche wert waren. Die schwarz-weiß-rote Fahne ist — das hat besonders der Rapp-Putsch gezeigt — eine ausgeprägte

Kampffahne der Reaktion.

unserer Verbindlichkeiten der Entente gegenüber zu vermeiden wissen. Die von den Imperialisten erstrebten Ziele werden wir im Interesse der demokratisch gestimmten Arbeiterbevölkerung nicht mit allen Mitteln verteidigen und verhindern, daß der Sieg auf Ihrer (nach rechts) Seite sein wird. (Beifall d. d. Soz.)

Verfassungsfrage!

Abg. Braun (Soz., zur Geschäftsordnung):

Um einen Präzedenzfall zum Schaden der Verfassung zu verhüten, weise ich darauf hin, daß eine Aenderung der in der Verfassung vorgeschriebenen Handelsflagge durch Annahme des Antrags nicht erreicht werden kann, weil zu einer Verfassungsänderung andere Voraussetzungen als die einfache Annahme eines Antrags notwendig sind. Auch durch eine Verordnung kann keine andere als die verfassungsmäßige Fahne eingeführt werden.

Präsident Löbe:

Zunächst lade ich die Staatsrechtler ein, sich über die vom Abg. Braun angechnittene Frage zu unterhalten. Die Verordnung vom 1. April 1921 ist vermutlich nur eine Ausführungsbestimmung zu der Verfassung. Durch Annahme des Antrags könnte das Inkrafttreten dieser Verordnung vielleicht hinausgeschoben werden. Andererseits besteht die Schlußbestimmung der Verfassung, daß sie mit der Verkündung in Kraft tritt. Vermutlich wird die Frage auch den Staatsgerichtshof beschäftigen. Wir werden aber zunächst mit unseren Beratungen fortfahren.

Abg. Dr. Oberhöfen (Dnail): Die Farben schwarz-weiß-rot sind die Farben der besten Zeit des Deutschen Reichs auch für die Arbeiterbevölkerung. (Widerspruch links.) Der Aktionsausschuss der seemannschaftlichen Berufsgewerkschaften, in dem Seefleute aller Parteien vertreten sind, hat sich angelehnt an die sozialdemokratischen Beschlüsse und hat sich geschlossen hinter seinen Vorsitzenden Müller gestellt. (Hört, hört! rechts.) Mit einer Aenderung unserer Fahne werden wir uns im internationalen Verkehr lächerlich machen. (Sehr richtig! rechts.) Die gesamte seemannschaftliche Bevölkerung hält mit aller Entschiedenheit an der schwarz-weiß-rotten Fahne fest.

Abg. Dr. Breitscheid (U. Soz.):

An die schwarz-weiß-rote Fahne sind für die Arbeiter nicht gerade erhabende Erinnerungen geknüpft. Die wahren Gründe für Ihren Antrag auszusprechen, halten Sie (nach rechts) die Zeit nur noch nicht für gekommen. Wenn die Gemeinschaft der Auslandsdeutschen mit dem Vaterlande dadurch gefördert werden soll, daß ein Bierwandlungsstiel der Handelsflagge schwarz-rot-golden „verunglimpft“ wird, so muß es mit der Vaterlandsliebe dieser Auslandsdeutschen schlecht bestellt sein. Da könnte man ja gleich die Wiedereinführung der Monarchie verlangen! Dieselben Leute, die von Erschwerung der Beziehungen zum Ausland durch die republikanische Fahne reden, freuen sich, wenn die Schiffe „Hindenburg“, „Ludendorff“ und „Tirpitz“ in die Welt hinausfahren. Die Versicherungen Paul Müllers könnten in jedem deutschnationalen Schimpfartikel stehen, er wäre im königlich preussischen Heroldsamt an einem richtigeren Platte als an der Spitze eines deutschen Arbeiterverbandes. Ein gewisses Mißverständnis muß man mit den Demokraten empfinden, die sich hinter diesen Antrag stellen. Die Demokraten, zu deren Tradition die schwarz-rot-goldene Fahne gehört, haben offenbar

Angst vor ihren eigenen Idealen

und fürchten, den Anschluß nach rechts zu verpassen. Der Antrag ist ein Beweis, wie stark sich die Reaktion in Deutschland schon wieder fühlt. Bei den Westparlamenten wächst eben der antirepublikanische Mut im Quadrat der Entfernung der Revolution. Wir halten die Republik nicht für das Beste, sondern nur für ein Gefäß, das mit dem Inhalt des Sozialismus erfüllt werden muß. Aber wir verteidigen auch dieses Gefäß, und wir werden jedem Vorstoß, auch jedem scheinbar noch so harmlosen, energisch zu begegnen wissen. (Beifall links.)

Abg. Barch (Komm.): Schwarz-rot-gold ist ebenso das Symbol der Reaktion, wie schwarz-weiß-rot. Unter dem alten Regime hat man die Arbeiter bedrückt, im neuen demokratischen Deutschland richtet man auf sie gar Maschinengewehre. Nur eine wahre Revolution kann uns ein glückliches Deutschland bringen.

Abg. Daus (D. Sp.): Das Ausland kann diesen Flaggenwechsel nicht verstehen. (Hört, hört!) Die alte deutsche Fahne war allen Auslandsdeutschen der Indegriff der wirtschaftlichen Stärke des Reichs.

Abg. Helle (Dem.): Es ist nicht richtig, daß wir Demokraten zusammen mit dem Zentrum und den Sozialdemokraten in Weimar für die schwarz-rot-goldene Fahne gestimmt haben. Wenn wir damals die alte deutsche Fahne beibehalten wollten, so geschah es nur aus handelspolitischen Erwägungen heraus, und aus diesen Gründen treten wir auch heute für den Antrag ein. Es ist aber eine Demagogie, wenn man hier behauptet, daß wir Demokraten irgendwelche deutschnationalen Absichten dabei unterstützen.

Abg. Dr. Breitscheid (U. Soz.): Demagogie ist es, wenn die Demokraten, die die schwarz-rot-goldene Fahne für das Symbol der alten deutschen Freiheit halten, diesem Antrag zustimmen. Sie stimmen im Prinzip für die schwarz-rot-goldene Fahne als Demokraten, in der Praxis aber wollen Sie auch nicht mit den Rechtsparteien brechen. Ihr Mitglied Preuß hat sich für schwarz-rot-gold eingefügt und die zur Verhandlung stehende Verfassungsbestimmung führt von Hand zu Hand. Die demokratische Fraktion von 1919 hielt sie für zweckmäßig, die von 1921 unterkühlt den Ansturm der Reaktion. Die erste demokratische Frühlingsbegeisterung hat wieder „realpolitischen“ Erwägungen Vorschub gemacht. Daran ist der deutsche Liberalismus zugrunde gegangen.

Abg. Koch (Dem.): In der Nationalversammlung hat meine Fraktion mit 7 Ausnahmen

für Schwarz-weiß-rot

gestimmt. Die Tradition der schwarz-weiß-rotten Fahne ist ebenso wertvoll und ebenso wichtig, wie die von schwarz-rot-gold. Wir stimmen für die schwarz-weiß-rote Fahne, weil die Fahne, mit der unsere Schiffe groß geworden sind, nicht in der Stunde der Not aufgegeben werden darf. (Unruhe links. — Abg. Ledebour (U. Soz.): Sie werden ja von beiden Seiten ausgelacht!)

Abg. Gildemeister (D. Sp., Schlußwort): Die schwarz-weiß-rote Fahne stammt vom 25. Oktober 1867, ist also älter als die Reichsgründung.

Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. Helle (Dem.) wirft der Linken nochmals Demagogie vor. — Abg. Dr. David (Soz.): Die Handelsflagge ist das Ergebnis eines Kompromisses mit den Demokraten. — Abg. Koch (Dem.) bestreitet das. — Abg. Ledebour (U. Soz.) weist darauf hin, daß der Antrag eine

Verfassungsänderung

bedeutet, also Zweidrittelmehrheit erforderlich sei. (Widerspruch rechts.)

Präs. Löbe: Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird zeigen, welche Mehrheit sich für den Antrag ergibt. Wir haben nicht zu entscheiden, ob es sich um eine Verfassungsänderung handelt. Das obliegt anderen Instanzen.

Der Antrag wird mit

121 gegen 120 Stimmen bei 5 Enthaltungen

in namentlicher Abstimmung abgelehnt. (Große Bewegung.) Gegen den Antrag stimmten die drei sozialistischen Parteien sowie mehrere Zentrumsgewählte, darunter Birch, Giesberts, Brauns, Fehrenbach, Spahn. Für den Antrag stimmte die Mehrheit des Zentrums, darunter Siegerwald, Herold, Trimborn. Die Demokraten stimmten, soweit zu sehen, geschlossen mit. Abg. Schäding hatte vor der Abstimmung den Saal verlassen.

Der schleunige Antrag der Sozialdemokraten über die Gleichstellung der Frauen in der Justiz geht an den Rechtsausschuss. Dienstag 2 Uhr: Antrags, Gesetz gegen die Kapitalflucht, Nachtragsetz. — Schluß 7 Uhr.

Gradnauer zum Ausnahmezustand.

In der gestrigen Hauptausschussberatung des Reichstages bezeichnete bei Erörterung der Tätigkeit des Reichskommissars für Ueberwachung der öffentlichen Ordnung und der Kosten des Ausnahmezustandes Dr. Rosenfeld (U. Soz.) das Reichskommissariat für öffentliche Ordnung als völlig überflüssig. Der Ausnahmezustand besteht immer noch in dem größten Teil Sachsens, in Ostpreußen und Bayern. Der preussische Minister Dominicus hat die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes in Ostpreußen mit dem Bestehen polnischer Regimenter an der ostpreussischen Grenze begründet, die Regierung behauptet aber, daß alle militärischen Kräfte an der ostpreussischen Grenze konzentriert sind. Was ist nun eigentlich wahr? Mit Bayern muß endlich energisch gesprochen werden. Die jetzt angeordnete Strafe gegen weitere Beteiligung an aufgelösten Organisationen ist auffallend mild. Man droht nur Geldstrafe, Festung oder Gefängnisstrafe bis zu 3 Monaten an; gegen die Arbeiter aber geht man mit Zuchthausstrafen vor. — Abg. Pfeiffer (Komm.) beschwerte sich über die Sondergerichte, über die Verbote von Zeitungen in Württemberg und über die reaktionäre Behandlung in den Einwohnereverbänden. Abg. Müller-Bräun (Soz.): Auch meine Fraktion ist für die Aufhebung der Verordnung in Württemberg eingetreten. Im übrigen werden wir darauf hinwirken, daß in Württemberg der militärische Ausnahmezustand aufgehoben wird.

Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer:

Das Reichswehrministerium hält eine Bedrohung der ostpreussischen Grenze für möglich. Der Kanzler hat sich für einen baldigen Abbau des Ausnahmezustandes eingesetzt. Die Regierung wird an dieser Forderung festhalten. Aber der Weg ist schwierig. In der Provinz Sachsen steht der Oberpräsident z. B. auf dem Standpunkt, daß in gewissen Teilen der Provinz die völlige Beseitigung des Ausnahmezustandes noch nicht empfehlenswert ist. Die Regierung will in dieser Frage mit den Landesregierungen zu einer Verständigung gelangen. Es bestehen noch gewisse Meinungsverschiedenheiten. In Bayern ist die Belastungsprobe sehr schwer gewesen, aber auch hier wird man, sobald die Entlohnung und die Aufstellungsfrage geregelt ist, zu einer normalen Lage zurückkommen können. Hinsichtlich der Dringlichkeit es auf Grund des Ultimatums selbstverständliche Schritte zu tun. Die Strafbestimmungen beruhen auf dem Gesetz vom 22. März.

Der Minister betonte dann nochmals, daß der Ausnahmezustand in Württemberg nicht mehr besteht.

Reichsratsitzung.

Der Reichsrat hielt am Montag abend eine öffentliche Sitzung ab. Angenommen wurde der Gesetzentwurf über anderweitige Festsetzung der Leistungen und Beiträge in der

Invalidenversicherung

und der Gesetzentwurf betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Nach der ersten Vorlage werden neun Beitragsklassen gebildet. In der obersten Klasse, die die Bezüge von 8000 M. und mehr umfaßt, ist der wöchentliche Beitrag auf 7,80 M. festgesetzt. An die Stelle der bisherigen Zuschüsse zu den Renten treten erhöhte gesetzliche Bezüge. Durch die neue Wochenhilfe und Fürsorge soll unter anderem der einmalige Beitrag für die Entbindungskosten von 50 auf 100 M. erhöht werden. Die Einkommensgrenze für die Unterstützung wurde bis auf 10 000 Mark erhöht.

Der Reichsrat stimmte dem Gesetzentwurf, der die Verfassung und das Verfahren der Behörden zur Festsetzung von Entschädigungen und Vergütungen für

Schäden aus Anlaß des Krieges

und des Friedensschlusses einheitlich regelt, zu. Die erste Rechtsinstanz soll künftig ein neu zu schaffendes Reichsenntschädigungsamt für Kriegsschäden bilden, die zweite Instanz das Reichswirtschaftsgericht. Angenommen wurden

Änderungen des Handelsgesetzbuches

und der Gewerbeordnung. Die Vorschriften über Kündigung sollen nach dem bisherigen Gesetz nicht angewendet werden bei einem Gehalt von mindestens 5000 M.; das Wettbewerbsverbot darf nicht stattfinden bei einem Gehalt von nur 1500 M. Die Entschädigungssumme während der Dauer des Wettbewerbsverbotes braucht nicht gezahlt zu werden, wenn der Gehalt ein Gehalt von über 5000 M. bezieht. Entsprechend den veränderten Geldwertverhältnissen wurden diese Zahlen erhöht von 5000 auf 30 000 M., von 1500 auf 12 000 M. und von 8000 auf 40 000 M. Die neuen Sätze sollen am 1. August in Kraft treten.

Privatindustrie und Staatsbergwerke.

Der Hauptausschuss des Landtages trat am Montag in die Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung ein. — Abg. Limberg (Soz.) erstattete Bericht über die Entwicklung des Haushalts. Die von den staatlichen Bergwerken zu zahlende Kohlensteuer beträgt 301 Millionen Mark gegen 108 Millionen im Vorjahre. Die Einkommen aus Steinkohlen, Koks und anderen Erzeugnissen sind veranschlagt auf 1,84 Milliarden gegen 580 Millionen im Jahre 1920. Bei den Betrieben wird ein Ueberfluß von 20 Millionen erwartet gegenüber einem Zufuß von 36,9 Millionen im Vorjahre. Die Zuschüsse zur Verwaltung stellen sich auf 1,4 Milliarden, so daß sich ein Reinerlöß von 8,5 Millionen veranschlagungsgemäß ergibt, gegenüber einem Gesamtzufuß von 49,6 Millionen im Vorjahre. Dem Hauptausschuss liegt auch der Bericht des Ausschusses der Landesversammlung zur Untersuchung der Betriebsverhältnisse der staatlichen Bergwerke im Direktionsbezirk Reddinghausen vor. Die Untersuchung hat ergeben als einstimmige Ueberzeugung, daß die Leistungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter bei den Staatsbetrieben des Bezirkes hinter

denen der Privatindustrie nicht zurückstehen.

Beweis für Korruption, Ausnutzung der Beamtenstellung zu Bewucherungen haben die Untersuchungen nicht ergeben. — Oberberg- und Hüttenamt teilte mit, daß dem Landtag demnächst ein Entwurf über einen Sonderlohn für die staatlichen Bergwerke vorgelegt werden soll. Die Bergwerke sollen auch in eine andere Gesellschaftsform überführt werden. Es soll dadurch ermöglicht werden, alljährlich einen Ueberfluß von 20 Millionen für allgemeine Staatszwecke auf den staatlichen Bergwerken in den Haushalt einzustellen. Vom Zentrum wurde ein Antrag eingebracht, gegen den beabsichtigten Lohnabbau der Arbeiterverbände Stellung zu nehmen und dafür einzutreten, daß bei weiterer Steigerung der Kosten der Lebenshaltung auch weitere Lohn- und Gehaltsaufbesserungen stattfinden, und daß mit dem Bau von Bergarbeiterwohnungen begonnen wird. Ebenfalls liegt vom Zentrum ein Antrag vor, zur Klärung der Entstehungsrunden von Bergwerksunfällen für jeden Oberbergamtsbezirk eine ständige paritätische Untersuchungskommission einzusetzen, zu der Parlamentarier und Betriebsratsmitglieder hinzugezogen werden sollen. — Abg. Hufmann (Soz.) bringt Klagen der Bergarbeiter vor gegen die Beamten. Arbeiterhäuser werden auf 175 000 Mk., Beamtenhäuser auf 350 000 Mk. veranschlagt. Die Heranziehung der Betriebsräte ist notwendig, um die Staatsbergwerke zu Rasteranstalten zu machen.

Noch ein Höhepunkt in Sachsen. Wie die Tel.-Union erfährt, werden Strafaten des Hölz in Sachsen entweder in Dresden oder in Plauen zusammenfassend vor einem Gericht verhandelt werden. Der Zeitpunkt der Verhandlungen kann erst bestimmt werden, wenn die Voruntersuchung abgeschlossen ist und andere prozessuale Bedingungen erfüllt sind.

Gewerkschaftsbewegung

358 000 unterstützte Vollerwerbslose.

Im Mai 1921 ist die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen (nicht zu verwechseln mit der Zahl aller vorhandenen Vollerwerbslosen) im Deutschen Reich von rund 395 000 auf rund 358 000 (darunter rund 282 000 männliche und 75 000 weibliche) gefallen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger, das heißt der unterstützten Familienangehörigen der Vollerwerbslosen, ist gleichzeitig von 440 000 auf 384 000 heruntergegangen. Die Zahlen stehen allerdings noch erheblich über den Ziffern vom 1. Juni 1920. Bei der Bewertung dieser Zahlen ist ferner zu berücksichtigen, daß sie die erwerbslosen Kopfarbeiter, deren Zahl gerade nach den letzten Beobachtungen in einer Reihe von Orten wieder in der Zunahme begriffen ist, nicht mit umfaßt. Es wäre daher verfehlt, aus der Besserung des Arbeitsmarktes im letzten Berichtsmontat auf eine Besserung unserer Wirtschaftslage zu schließen. Unter den Gründen, aus denen die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen in Deutschland abgenommen hat, verdient neben dem Fortgang der landwirtschaftlichen Arbeiten die Verringerung der Bauaktivität hervorgehoben zu werden. Die produktive Erwerbslosenfürsorge beschäftigt zurzeit 250 000 Personen. Es ist also gegenwärtig für mehr als 40 Prozent der Erwerbslosen durch die produktive Erwerbslosenfürsorge Arbeit geschaffen; hierbei werden die langfristigen Erwerbslosen die erfahrungsgemäß am schwersten Arbeit finden, besonders berücksichtigt.

Betriebsratswahlen bei der Eisenbahn.

Akt. 27. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). Bei den am 16. und 17. Juni erfolgten Betriebsratswahlen im Eisenbahndirektionsbezirk Altona entfielen von insgesamt 20 201 abgegebenen Stimmen auf den Deutschen Eisenbahnerverband (DEWB.) 18 812 Stimmen, auf den Allgemeinen Eisenbahnerverband (AEB.) 1087 Stimmen, auf die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (Krislich) 302 Stimmen. Es entfielen somit ebenso, wie im Vorjahre, sämtliche Sitze auf den Deutschen Eisenbahnerverband. Wegen des Vorjahrs hat der Deutsche Eisenbahnerverband 590 Stimmen mehr aufgebracht, aber auch auf den gegnerischen Listen sind gegen 1920 122 bzw. 160 Stimmen mehr. Die Wahlbeteiligung war, wenn man die verchiedenen in der Natur liegenden Hindernisse in Betracht zieht, ein außerordentlich gute und das Resultat ist ein glänzendes Zeugnis für die Tätigkeit des Deutschen Eisenbahnerverbandes im Bereiche des Eisenbahndirektionsbezirk Altona.

Fort mit den Ueberstunden!

Der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund ist unausgesetzt bemüht, das große Heer der Arbeitslosen nach Möglichkeit zu vermindern. Leider wird dieser Tätigkeit selbst von einem Teil der Arbeiterschaft nicht die nötige Unterstützung zuteil. Es gibt sogar Leute, die in unglücklich kurzschichtiger Weise diese Tätigkeit der Gewerkschaften durchkreuzen. Der Grund dafür ist der eigene Vorteil. Wir haben wiederholt betont, daß die Arbeiterschaft alle Ursache hat, jede Verlängerung des Achtstundentages abzuwehren. Alle Mahnungen, keine Ueberstunden zu machen, um erwerbslosen Kameraden Arbeitsgelegenheit zu geben, sind bisher fruchtlos geblieben. Es läßt sich zwar nicht in jedem Falle jede Ueberarbeit vermeiden, aber unmöglich muß es sein, daß Arbeiter mit ihrer Einwilligung, wenn nicht gar auf ihr Anerbieten hin fortgesetzt Ueberstunden machen.

Dem deutschen Transportarbeiterverband wird uns eine Lohnaufstellung eines bei der Firma Kuerbach u. Co., Luisenufer 12 beschäftigten Arbeiters überreicht, die so aussieht:

Wochenlohn	205,00 M.
72 Ueberstunden pro Woche à 7,36 M.	529,92 M.
	734,92 M.

Ein einziger Arbeiter macht also in kurzer Zeit 72 Ueberstunden und verdient dabei doppelt soviel, wie er bei normaler Arbeitszeit bekommen würde. Würde dieser Mann dieses Maß von Ueberstunden ablehnen, dann würde er einen, wenn nicht gar zwei arbeitslosen Kameraden Verdienstmöglichkeit geben und sie mit ihren Familien vor völliger Verelendung retten. Aber soweit denkt er nicht, die Hauptsache ist, wenn er nur hat. Was scheren ihn die andern! Wieviel solcher „Arbeiter“ mag es geben, wie viele mögen unter ihnen sein, die über die angebliche Untätigkeit des DEWB. in Sachen der Erwerbslosenfürsorge schimpfen, und wie viele Arbeiter mit Frauen und Kindern verdanken ihren Hunger diesen gemeingefährlichen Egoisten?

Internationale Arbeiter-solidarität.

Die Verwaltung des Internationalen Arbeiterssekretariats beschloß, die angeschlossenen Organisationen aufzufordern, Beiträge zur Unterstützung der streikenden Bergarbeiter in England zur Verfügung zu stellen. Die Föderation der Metallarbeiter hat bereits einen Beitrag geleistet.

Gegen die Ueberstundenwirtschaft in der Abteilung des Magistrats für Brotversorgung wandte sich der „Vorwärts“ am Freitag abend. Die Tatsachen werden in einer Zeitschrift des Nachrichtenamts des Magistrats an uns nicht bestritten, sondern Abhilfe zugesagt: „Wie die Abteilung für Brotversorgung mitteilt, hat sie bereits vor längerer Zeit Schritte eingeleitet, um der Leistung von Ueberstunden, die zum Beispiel durch die Uebernahme von Arbeiten für die Bezirke, durch eilige Kalkulationen und andere besondere Arbeiten notwendig geworden waren, vorzubeugen. Zum 1. Juli ist ein weiterer Buchhalter angenommen; Verhandlungen wegen eines zweiten schweben. Sollten hiernach Ueberstunden bei normalem Verlauf der buchhalterischen Arbeiten noch nicht entbehrlich geworden sein, so wird nach Bedarf weiteres Personal eingestellt werden.“

Wären die vor längerer Zeit eingeleiteten Schritte ein wenig größer genommen worden, blieb uns und der „Brotversorgung“ diese Veröffentlichung erspart und der zweite Buchhalter schwebte wahrscheinlich nicht irgendwo noch arbeitslos, sondern wäre bereits eingestellt worden.

Zur Konkurrenz unter den Musikern teilt uns der Arbeiterrat der Staatsoper und der Beamtenausschuß des technischen Personals als Entgegnung auf die Zeitschrift des Musikerverbandes über „Arbeitslosigkeit und Staatsoper“ in der Sonnabend-Abendausgabe des „Vorwärts“ folgendes mit:

„Wenn auch das Theater offiziell 7 Wochen geschlossen ist und das technische Personal während dieser Zeit seine Urlaube hat, so gibt es für das gesamte technische Arbeiter- und Beamtenpersonal nur die laut Tarif und Besoldungsordnung geltenden Urlaubslöhne, und zwar nicht 6-8 Wochen, sondern 12-28 Tage. Der Dienst bei der „Strohwinde“ wird also nicht während der Ferien ausgesetzt, sondern es haben dabei nur diejenigen des Personals Dienst, welche sich auch wirklich im Dienste befinden, so daß jeder einzelne seine Ferien auch zur Erholung benutzen kann.“

Wir haben soziales Empfinden gegenüber unseren Kollegen genug. Können aber die gesamte technische Einrichtung nicht fremden Händen überlassen. Jede Organisation arbeitet für ihre Kollegen und lasse andere Berufsgruppen aus dem Spiel.“

Die Auffassung im letzten Satz wird dem sozialen Empfinden nicht gerecht. Den Beteiligten beiderseits wäre zu sagen: „Etwas mehr Kollegialität, meine Herren! Bessere gegenseitige Fühlungnahme, die zur Verhinderung wesentlicher Beiträge, Arbeiter und Angestellte, zumal innerhalb eines einzelnen Berufes, müssen sich einig sein, sonst leidet die Vertretung ihrer Interessen darunter. Bedauerlich, daß das immer noch wiederholt werden muß und nicht längst als selbstverständliche Richtschnur gilt!“

Das Kuratorium des Krankenhauses Lankwitz äußert sich zu unserem Bericht am Dienstag abend voriger Woche über Mißstände wie folgt: „Weder vom Betriebsrat, noch den Angestellten oder den Patienten ist dem Kuratorium von den angeblichen Mißständen etwas zur Kenntnis gebracht worden. Eine sofort eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß die Behauptungen teils direkt unwahr, teils stark übertrieben oder entstellt sind. Das Kuratorium wird trotzdem in Gemeinschaft mit dem Betriebsrat sofort für eine eingehende Untersuchung Sorge tragen und sich dann erlauben, Ihnen das Resultat der Untersuchung zur Kenntnis zu bringen.“ — Wir lassen das Urteil, zu dem die erste Untersuchung gelangte, auf sich beruhen und warten die Ergebnisse der eingehenden Untersuchung ab.“

Die Angestellten des heimischen Großhandels waren am Freitag im „Deutschen Hof“ zahlreich versammelt. Frh. Schmidt vom Zentralverband behandelte in seinem Vortrage „Die Scharfmacher am Branger“ den ganzen Verlauf der Bewegung. Der Streik im Herbst 1919 wurde nach sechs Wochen durch einen Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers beendet. Die Scharfmacher der Arbeitgeber brachten es fertig, daß der Schiedsspruch abgelehnt wurde. Die Verbindlichkeitserklärung wurde verweigert. Neue Verhandlungen wurden dadurch hintertrieben, daß die Arbeitgeber „Wertvereine“ gründeten und als Köder „Haustarife“ versprachen, wenn die Angestellten dem Zentralverband den Rücken kehrten. Ein zweiter Schiedsspruch wurde wiederum abgelehnt und ihm wieder die Verbindlichkeitserklärung versagt. Ueber neue „Erfolge“ der Arbeitgeber war man in ihren Reihen so erbaud, daß ein von der Firma Theodor Leichgräber überschriebenes und von dem Herrn Lande unterzeichnetes vertrauliches Rund-

schreiben an 14 Firmen gerichtet wurde, in dem den Herren Morgenstern und Dr. Engel der Dank des Großhandels für ihre „überaus mühevollen und von großem Erfolge gekrönte Arbeit“ ausgesprochen, sowie angeregt wird, durch eine Umlage unter den hauptsächlich interessierten Firmen für Dr. Engel eine Vergütung in Höhe von 12 500 bis 15 000 aufzubringen, ferner Herrn Morgenstern ein Präsent zu übermitteln. „Eine Ergänzung seines Weinfellers dürfte ihm nicht ganz unwillkommen sein.“

Aus einem Zusatz zu diesem Schreiben geht hervor, daß die Firmen C. B. Barentzin (G. m. b. H.) und Th. Leichgräber (A. B.) 1000 M. zeichneten.

Der Referent unterzog dieses Rundschreiben einer scharfen Kritik. Er wies dann auf die niedrigen Löhne der Angestellten im heimischen Großhandel hin und hob hervor, daß auch der Achtstundentag nicht eingehalten, sondern bei vielen Firmen durch Ueberstunden umgangen werde, während tariflich richtig geregelte Verhältnisse nicht bestehen. Nur durch die Macht der Organisation, durch eigene Kraft sei es den Angestellten möglich, eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung zu erringen. Die den Zentralverband der Angestellten noch fernstehenden mühten ihm unermüdlich beizutreten.

Kasper ergänzte als Korreferent die Ausführungen des Vortragners. Man werde eine neue Lohnbewegung einleiten und wenn die Forderungen wiederum abgelehnt werden sollten, zum letzten Mittel der Selbsthilfe, zum Streik kommen müssen. Vorbedingung aber sei der volle Zusammenschluß im Verbande.

In seinem Schlusswort führte Schmidt noch einige interessante Zahlen als Beweis für die riesigen Profite des heimischen Großhandels an. Eingeladene Vertreter der Unternehmer waren nicht erschienen.

Achtung, Betriebsräte der Metallindustrie der Hauptgruppen 1, 4 und 7! Alle Kollegen der SPD, und die mit ihr sympathisierenden Kollegen werden ersucht, am Dienstag, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Saale des Arbeitsnachweises, Lindenstraße, zu einer Vorbesprechung zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Aus England.

Hodges sprach nach einer Versammlung der Verwaltung des Bergarbeiterverbandes die Hoffnung aus, daß die Regierung doch noch durch eine Unterstüfung von zehn Millionen Pfund an der Regelung mitarbeiten würde. — Infolge der Verminderung der Lebensunterhaltungskosten sind die Löhne der englischen Eisenbahnbeamten automatisch um fünf Schilling die Woche gekürzt worden. — Eine Kommission, aus einer gleichen Anzahl Arbeiter und Seelenten zusammengesetzt, hat beschlossen, die Löhne zu ermäßigen, da infolge der Einführung des Achtstundentages große Arbeitslosigkeit herrscht, und durch die Lohnherabsetzung ein großer Teil der Arbeitslosen neu eingestellt werden soll. (?)

Samuel Compers ist zum 41. Male zum Präsidenten der amerikanischen Arbeiterföderation wiedergewählt worden. Der Gewerkschaftskongress in Denver billigte mit überwältigender Mehrheit das Vorgehen des Präsidenten Compers gegenüber der Amerikaner-Gewerkschaftsinternationale. Compers wurde mit Zweidrittel aller Stimmen gewählt. Solange kein anderer Geist in die Leitung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes einkehrt, führte ein Wechsel der Firma Compers nur zu falschen Schüssen.

Vertrauensleuteversammlung. Mittwoch 6 Uhr Restaurant Schultheiß, Neue Jakobstr. 24/25. Abmigung des Tarifvertrages.

Transportarbeiterverband, Bes. Groß-Berlin. Heute 7 Uhr im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Fortsetzung der Generalversammlung.

Eisen-, Glas-, Aluminium-, Spielwaren- u. Wagnen. Donnerstag 6 Uhr bei Senfura, Reichstr. 14. Polsterfammlung der Betriebsräte, Arbeiterkreise und Betriebsobleute. Bericht von der Reichskonferenz der Betriebsräte, Betriebsratssekretäre und Mitbestimmungsbücher sind am Eingang vorzugeben.

Schultheiß. Geschäftsabende: Heute nachmittags 4 1/2 Uhr bei Baum-, Stahl- u. Eisenstr. 47. Besprechung der Vertrauensleute und Betriebsräte der Branche. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Verantw. für den rechte Teil: Dr. Bremer Verlag, Charlottenburg; für den linken Teil: H. G. Verlag, Fortschritt-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Scherz-Verlag, Berlin. Verlagsanstalt Carl Zenger u. Co., Berlin. Abdruck: 3. Jahrgang 1. Heft.

Wundsein der Kinder ist ausgeschlossen bei täglichem Gebrauch der als beste Kinderseife empfohlenen Myrrholin-Seife.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
Aparthe Neuheiten. Verkauf meterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstraße 20-21

HERMANN TIETZ
Leipziger Strasse • Alexanderplatz
Frankfurter Allee

Sowell Vorrat

Sensationell billige Preise — Günstige Kaufgelegenheit

- Krepon in vielen Farben.....Meter 7⁵⁰
- Batist farbig besticktMeter 9⁷⁵
- Cotelé zirka 80 cm breit, für HauskleiderMeter 9⁷⁵
- Zephir zirka 80 cm breit, schöne Streifen, gute Qualität, Meter 14⁵⁰
- Trachtenstoffe in grossen Blumenmustern ...Meter 18⁵⁰
- Kleiderfrotté kariert, zirka 110 cm breit.....Meter 24⁷⁵

- Waschblusen bis zu 50% im Preise ermässigt
jetzt **29⁵⁰ 39⁵⁰**
- Seidene Blusen bis zu 60% im Preise ermässigt
jetzt **69⁵⁰ 89⁵⁰**

- Frottier-Handtücher gute Qualität, Grösse 45x100, Stück 12⁵⁰
- Badelaken guter weisser Krüselstoff, für KinderStück 29⁵⁰
- Stoff-Badeanzüge in allen Ausführungen von 19⁵⁰ an
- Gummi-Badehauben fische Formen von 19⁵⁰ an
- Küchen-Handtücher grau Drell, gestummt u. gebändert, Stück 11⁵⁰
- Stuben-Handtücher Drell, gestummt und gebändert, Stück 12⁵⁰
- Tischtücher Drellgewebe, Grösse 120x130 Stück 59⁵⁰

Ein grosser Posten **Zephir** Meter **9⁷⁵**

Ein Posten **Damen-Schmürschuhe** 135⁰⁰
Boxcall und Chevreau, mit und ohne Lackkappe

Badeanzüge in Trikot, Satin und Seide
in reicher Auswahl
Badeschuhe in Leinen, Satin und Seide

Fortsetzung des ausserordentlich billigen Verkaufs von Wirtschaftsartikeln